



Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung

Ausgabe Nr. 21 vom 7. Oktober 2007
Die iBB im Internet: www.Kohnpage.de/iBB

Stiftung Warentest kommt zum Ergebnis: „Berufsberater müssen nachsitzen“



Die Abteilung Weiterbildungstest der Stiftung Warentest hat bundesweit Jugendliche als geschulte Test-Ratsuchende zur Berufsberatung geschickt. Die Auswertung kommt zu einem sehr ernüchternden Befund: Freundlichkeit? In der Regel ja. Anliegensklä-

rung und Eingehen auf die Anliegen? Mangelhaft. Professioneller Beratungs-GAU: Drängen in bestimmte Richtungen. Wir dokumentieren die Berichterstattung des ARD-Morgenmagazins und nennen die Links zu Video und kostenpflichtigem Originalbeitrag der Zeitschrift FINANZtest (2 Euro für den Artikel mit allen Testergebnissen).

ARD-Morgenmagazin

Experte im Studio: Alfred Töpfer,
Redaktion FINANZtest

Im Auftrag von FINANZtest und unter Förderung des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie

Inhalt

Stiftung Warentest kommt zum Ergebnis: „Berufsberater müssen nachsitzen“	1
Produktprüfer/Produktprüferin – Textil Ein Ausbildungsberuf für Qualitätssicherung	5
Lasertechnik: Hightech „made in Germany“	6
Wann beginnen Jugendliche, sich Gedanken zu ihrer Berufswahl zu machen?	9
Die Zahl der Wanderungen aus den neuen in die alten Bundesländer nimmt ab	10
Was ist der Europass?	14
Englisch verliert als Weltsprache an Bedeutung	15
Arbeitslosigkeit macht depressiv	18
Soziologie erschließt mehr Arbeitsfelder als Forschung & Lehre	20
Evaluitis – eine neue Krankheit	24
Soziale Träger auf Niedriglohnkurs?	24
Prinzessinnenbad: Ein Film über junge Kreuzberger Frauen im Berufswahlalter	25
OECD-Bildungsstudie: Deutschland fällt zurück	26
Traurige Bildungsbilanz	27
Note Fünf für Deutschlands Bildung	28
Zuwanderer an die Unis Soziologe Ralf Dahrendorf fordert Migrantenquote	31
Gebt mir eine Uniform!	36
Bachelor macht dumm	38
Veranstaltungshinweise	41
Impressum	42

des Europäischen Sozialfonds haben 63 Schüler und Auszubildende zwischen September 2006 und März 2007 Arbeitsagenturen in ganz Deutschland besucht, um sich beraten zu lassen. FINANZtest hat den Beratungsbedarf der Tester vorab gemessen. Sie füllten vor den Gesprächen Fragebogen über ihre Erwartungen aus und beantworteten danach Fragen zum Ablauf und zum Inhalt der Gespräche (60% der Bewertung). Es wurden unter anderem folgende Punkte geprüft:

1. Bestandsaufnahme und Zielvereinbarung: Es wurde geprüft, inwieweit die Berater das Anliegen der Testperson erkannt haben und das Ziel des Beratungsgesprächs zu Beginn mit der Testperson gemeinsam vereinbart haben.

2. Verhalten des Beraters und Gesprächsablauf: Zeigten sich die Berater den Testpersonen gegenüber aufgeschlossen oder spulten sie nur ihr Programm ab? Interessant war, welche Informations- und Arbeitsmittel sie einsetzen (Internet, Broschüren, und Bücher etc.), welche Fragen sie zur Klärung des Beratungsanliegens gestellt haben. Außerdem wurde auf Versuche der (negativen) Beeinflussung geachtet.

3. Lösungen aufzeigen: Wichtig war, ob Realisierungshilfen gegeben wurden bzw. die Realisierungschancen thematisiert wurden und die Berater das Gesprächsergebnis zum Abschluss noch einmal zusammengefasst haben. Es wurde auch geprüft, ob die angebotenen Vorschläge im Einklang mit dem Anliegen der Testpersonen waren. Ferner wurde erfasst, ob die Berater weitere Möglichkeiten der Beratung aufgezeigt haben und ob sie den Testpersonen Handlungswege eröffneten und ihnen zum Beispiel Hinweise auf Selbsteinschätzungstests oder Bewerbungstraining gaben.

Gesprächsvereinbarung / Rahmenbedingungen: Kontaktaufnahme, Wartezeiten und Termintreue fließen mit 20 Prozent in das Urteil ein; die Gesprächsdauer sowie die Beratungsatmosphäre machen ebenfalls 20 Prozent aus.

Die Hälfte war nicht zufrieden

Die Agenturen haben den gesetzlichen Auftrag zur Beratung für den Übergang von Schule zu Ausbildung. Alle jungen Menschen haben einen Anspruch auf diese Beratung. Dennoch wurden drei der 66 Testpersonen abgewiesen oder vertröstet. Das war nicht korrekt. Eine bekam zu hören, sie müsse als "arbeitssuchend" gemeldet sein, um eine Beratung zu erhalten. Das ist schlicht falsch.

Aber auch die Berater, die zu einem Gespräch bereit waren, haben nicht alle überzeugt. Rund die Hälfte der Ratsuchenden blieb ratlos. Ob sich nun Abiturienten vorstellten, Hauptschüler, Realschüler oder Auszubildende: In keiner Kategorie war mehr als ein "befriedigend" für die Agenturen drin. Manche Berater interessierten sich zu wenig dafür, was ihr Gegenüber von ihnen wollte. Die Testpersonen vermissten oft praktische Tipps für den Berufsfindungsprozess.

Zum Vergleich wurden Tester auch zu anderen Beratungsstellen geschickt. Der erste Eindruck von den Angeboten der Kommunen und der Industrie- und Handelskammern war ordentlich: Die kommunalen Stellen haben alle fünf Testpersonen gut bedient. Die Ausbildungsberatung der IHK fanden zwei von drei nützlich. Weniger hilfreich waren die Studienberatungen der Hochschulen und die Beratungen durch die Handwerkskammern. Auch drei privaten Berufsberatern hat jeweils ein Tester auf den Zahn gefühlt. Sie boten für Honorare von 150 bis 1.000 Euro viel Service, mehrere Gespräche und die konkreteste Hilfestellung aller Berater.

Missverstanden und beeinflusst

Nur rund die Hälfte der Beratenen hat das Gespräch weitergebracht. Der Hauptgrund für dieses schlechte Ergebnis dürfte sein, dass ihr Beratungsanliegen zu wenig aufgegriffen wurde. 44 Prozent der Ratsuchenden berichteten, die eigenen Anmerkungen und Interessen

seien nicht berücksichtigt worden. Jede fünfte Testperson sah sich dem Versuch der Beeinflussung ausgesetzt. Eine Zusammenfassung der Gesprächsergebnisse bekam nicht einmal jeder Dritte. Und konkrete Handlungsvereinbarungen („... bis zum nächsten Mal machen Sie bitte diese Tests“ oder „Schreiben Sie soundsoviele Bewerbungen“) blieben die Ausnahme.

Eine gute Beratung lässt sich daran erkennen, dass der Berater die Beratungsziele mit dem Ratsuchenden abklärt. Jeder Schritt seines Vorgehens sollte dem Ratsuchenden klar sein. Im Zweifelsfall sollte er die einzelnen Schritte seines Vorgehens begründen. Der Berater sollte am Ende die Ergebnisse zusammenfassen und mit seinen Kunden die nächsten Schritte verabreden. Eine gute Beratung sollte der Ratsuchende motiviert und mit gestärkter Eigeninitiative verlassen.

Beratung außer Konkurrenz

Ihr Monopol bei der Berufsberatung haben die Arbeitsagenturen vor rund zehn Jahren verloren. Um die Angebote außerhalb der Agenturen etwas genauer zu erkunden, haben wir zwischen drei und zehn Tester auch zu anderen Beratungseinrichtungen geschickt.

Schlechte Kritiken bekamen die Handwerkskammern. In der Beratung bei der Handwerkskammer (HWK) habe die 19jährige Testerin sich "verloren gefühlt". Der Termin habe ihr genauso wenig gebracht wie der in der Arbeitsagentur. Von der HWK habe sie zwar viele Materialien erhalten, aber nichts aus dem Gespräch mitgenommen. Erfahren wollte sie etwas darüber, wie sie sich zur Produktdesignerin ausbilden lassen könne. Allerdings sind die Berufsberatungen der Handwerkskammern ein freiwilliges Angebot. Ihre Berater sind womöglich eher auf Probleme in der Ausbildung eingestellt.

In der Ausbildungsberatung bei der Industrie- und Handelskammer lief es besser. Zwei der drei Tester erhielten nützliche Ratschläge und wurden auch in ihrem Weg bestärkt.

Als tendenziell unfreundlich und schlecht organisiert beurteilten die Tester die Studienberatungsstellen. Aber: Was die angehenden Studierenden wissen wollten, erfuhren sie.

Den besten Eindruck aller besuchten Beratungen haben die fünf Gespräche in den kommunalen Beratungsstellen hinterlassen. Binnen zwei Wochen nach der Anfrage waren alle Termine unter Dach und Fach. In vier Fällen klärten die Berater das Anliegen der Ratsuchenden ausführlich ab, fragten zum Beispiel nach persönlichen Interessen und vorhandenen Fähigkeiten. Alle fünf wurden gut darüber informiert, wie sie die Entscheidung für eine Laufbahn in die Praxis umsetzen können.

In den drei begutachteten Beratungsfällen bei privaten Anbietern haben die Berater das Anliegen der Kunden geklärt und im Vergleich mit den anderen Beratungsgesprächen auffällig gute Hilfestellungen angeboten.

TIPPS

Selbst einschätzen: Vor dem Gespräch mit einem Berufsberater sollten junge Menschen wissen, wo ihre Stärken und Schwächen liegen. Tests zur Selbsteinschätzung im Internet helfen dabei. FINANZtest untersucht regelmäßig die Angebote, auch die für Jugendliche: Beim jüngsten Test im März 2007 erreichte „Mein Berufsweg“, www.borakel.de, ein kostenloses Angebot der Ruhr-Universität Bochum für angehende Studierende, die Note „sehr gut“. Für alle Jugendlichen vor der Berufswahl geeignet ist der Test des Geva-Instituts, www.geva-institut.de. Er kostet 38 Euro. Die Testergebnisse lassen sich unter www.stiftung-warentest.de abrufen.

Ablehnen gilt nicht: Akzeptieren Sie keine Ablehnung durch eine Arbeitsagentur. Die Arbeitsagenturen sind gesetzlich dazu verpflichtet, Sie zu beraten, auch wenn Sie nicht als arbeitssuchend gemeldet sind.

Forderungen stellen: Geht ein Berater nicht auf Ihre Berufswünsche ein, fragen sie einfach

noch einmal nach. Verlangen Sie ggf., dass er Ihnen Alternativen nennt, Informationsmaterial aushändigt und eventuell mehrere Bewerbungsadressen vermittelt. Es besteht auch die Möglichkeit, sich seinen Berater auszusuchen. Haben Sie beispielsweise von einem guten Berater gehört, können Sie verlangen, dass dieser Sie berät.

Zweite Meinung einholen: Bleiben Sie gegenüber den Empfehlungen eines Beraters stets kritisch. Die Qualität der Beratungen schwankt stark. Wenn Sie mit einem Gespräch nicht zufrieden waren und noch viele Fragen offen sind, holen Sie eine zweite Meinung ein. Versuchen Sie es zum Beispiel bei der Bera-

tungsstelle eines öffentlichen oder gemeinnützigen Trägers. Das können Städte sein, Kirchen oder auch Vereine.

Für Mädchen eignen sich manchmal auch Frauenberatungsstellen. Solche Beratungseinrichtungen gibt es nicht überall. Wo sie jedoch ihre Leistungen anbieten, sind ihre Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse für die Ratsuchenden meist hilfreich. Rufen Sie besser an, bevor Sie eine solche Stelle aufsuchen. Obwohl sie noch im Internet zu finden sind, gibt es manche nicht mehr. Eine private Beratung kann trotz der Kosten eine lohnende Investition sein.



Im Internet gibt es folgende Informationen zu diesem Test:

Das Video zum ARD-Interview von Alfred Töpfer:

(Wenn diese Verknüpfung nicht direkt funktioniert, bitte kopieren und in die Adresszeile Ihres Browsers eintragen.)

http://www.daserste.de/videowindow_dyn~real,moma/071005_s_28.rm~cm.asp

Der Artikel in der Zeitschrift FINANZtest mit allen Testergebnissen:

<http://www.test.de/themen/bildung-soziales/weiterbildung/test/-Berufsberatung/1573988/1573988/1573885/>

Redaktioneller Hinweis

Liebe Leserinnen und Leser,

die *Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung* hatten in den zurück liegenden 18 Monaten außergewöhnlich lange Editions-pausen. Das hatte mit beruflichen Umständen der ehrenamtlichen Redaktion zu tun. Die *iBB* werden nun hoffentlich in wieder kürzeren Intervallen erscheinen. Auch in den Pausen gab es natürlich immer wieder interessante Nachrichten und Informationen für die Bildungs-

und Berufsberatung, die im „Speicher“ der *iBB* landeten. Deshalb finden Sie in dieser Ausgabe – und vielleicht auch noch in einigen kommenden Ausgaben – neben aktuellen Berichten auch einige älteren Datums, die immer noch Ihr Interesse finden könnten. Beraterinnen und Berater in Bildungs- und Berufsfragen wissen ja um die Bedeutung gerade auch mittel- und langfristiger Entwicklungen für ihre Rat Suchenden.

Produktprüfer/Produktprüferin – Textil

Ein Ausbildungsberuf für Qualitätssicherung

Quelle: *BIBBpraxis*, Heft 3/2007, September 2007



Bei diesem Berufsbild handelt es sich um eine Modernisierung des zweijährigen Ausbildungsberufes „Textilstopfer/Textilstopferin“. Als neue Berufsbezeichnung wurde die Bezeichnung „Produktprüfer/Produktprüferin – Textil“ gewählt, um den geänderten Qualifikationen gerecht zu werden. Produktprüfer/-innen – Textil werden zur Fehlererkennung und Fehlerbehebung in allen Bereichen ent-

lang der textilen Prozesskette, in denen hochwertige Produkte hergestellt werden, eingesetzt (z. B. in Webereien, Stickereien und Wirkereien, aber auch bei der Herstellung von Teppichwaren, Bekleidung und technischen Textilien).

Am Ende des Fertigungsprozesses begutachten Produktprüfer/-innen – Textil die Produkte. Sie bestimmen die typischen Schadensbilder, analysieren die Fehlerursachen und informieren die Produktion über die Fehler und ihre Ursachen. Sie entscheiden anschließend, welche Fehler und Mängel zu beheben sind und wenden dabei unterschiedliche – meist handwerkliche – Techniken an. Nicht zu reparierende Fehler werden gekennzeichnet und klassifiziert. Bei der Fortsetzung der Berufsausbildung zum/zur Produktionsmechaniker/-in – Textil wird eine einjährige Anrechnung auf den dreijährigen Beruf ermöglicht, das heißt, die Berufsausbildung Produktionsmechaniker/-in – Textil kann im zweiten und dritten Ausbildungsjahr fortgeführt werden.

Der Ausbildungsberuf ist bereits nach der neuen Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung für die Regelung von Prüfungsanforderungen in Ausbildungsordnungen (Bundesanzeiger Nr. 50 a vom 13.03.2007) erlassen worden.

Lasertechnik Hightech „made in Germany“

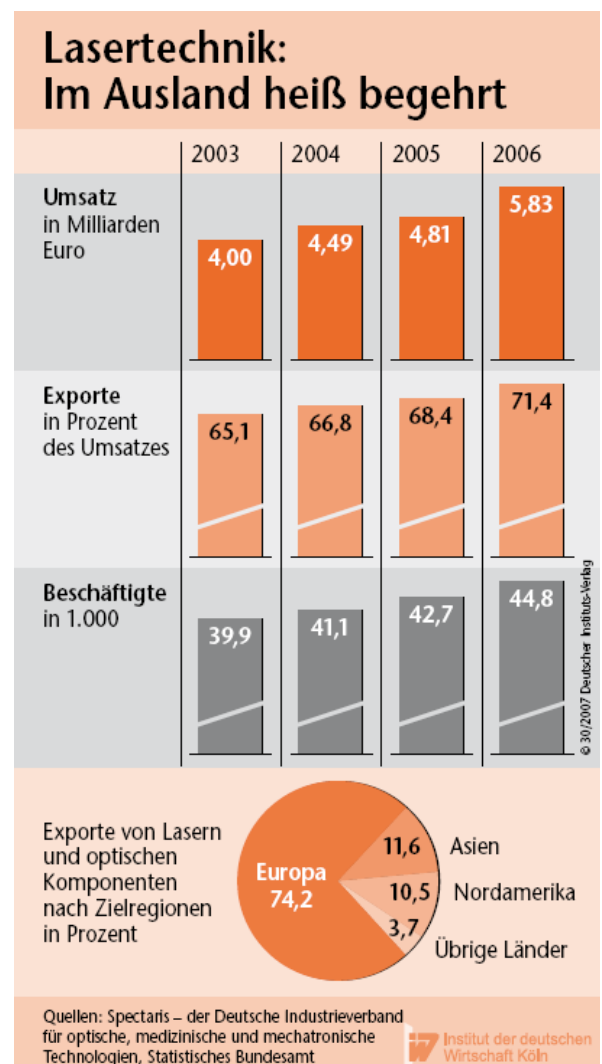
Quelle: *iwd - Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Nr. 30 vom 26. Juli 2007*

Deutschland ist kein typisches Land der Spitzentechnologie. Einzelne Branchen wie die Lasertechnik haben es jedoch geschafft, ganz nach oben zu kommen, und haben sich dort auch behauptet. Das Erfolgsrezept besteht aus intensiver Forschung und Entwicklung, innovativen Nischenprodukten und vielen Unternehmensgründungen.

Im Jahr 1960 machte sich der Ingenieur Theodore Maiman die Theorien Albert Einsteins zur so genannten stimulierten Emission des Lichts zunutze und entwickelte den ersten Laser der Welt. Als er seine Erfindung der Öffentlichkeit präsentierte, wurde sie zunächst als eine Lösung belächelt, die nach einem Problem Ausschau hält. Durch die zunehmende Technisierung ist Maimans Idee heutzutage jedoch aus Industrie, Wissenschaft und Unterhaltungselektronik nicht mehr wegzudenken – bietet sie doch vielfältige Anwendungsmöglichkeiten. Beispielsweise schaffen es die heutigen Laser, das Licht auf den millionsten Teil eines Millimeters zu bündeln – womit man sogar Worte auf ein dünnes Haar schreiben könnte. Unternehmen verwenden Laser unter anderem für effizientere Produktionsverfahren im Bereich der Fertigung und Materialverarbeitung. Konsumenten dagegen können sich mittels Lasertechnik ihre Fehlsichtigkeit korrigieren lassen und so beispielsweise die hohe Bildqualität ihrer Blu-Ray-Discs besser genießen.

Als Paradebeispiel einer Schlüssel- und Querschnittstechnologie findet die Lasertechnik in nahezu sämtlichen industriellen Branchen Anwendung, allen voran in der Mess- und Automatisierungs-, der Medizin- und der Mikrosystemtechnik. Erfreulicherweise zählen viele deutsche Unternehmen der Laserbranche auf den jeweils relevanten Teilmärkten zu den Weltmarktführern. Die Wirtschaftsp

dieser Firmen sieht daher recht rosig aus (Grafik):



Seit 2003 ist der Umsatz der Lasertechnikbranche in Deutschland kontinuierlich von 4 auf 5,83 Milliarden Euro im Jahr 2006 gestiegen, was einem durchschnittlichen Wachstum von 13,4 Prozent per annum entspricht.

Dieser Erfolg zeigt auch Wirkung auf die Beschäftigtenzahlen der Branche: Seit 2003 kletterten diese im Jahresmittel um 4 Prozent. Und die stetig steigende Nachfrage aus dem Aus-

land kurbelt den Arbeitsmarkt weiter an. Denn Technologiegüter mit deutschen Lasern sind jenseits der Bundesgrenzen derart gefragt, dass die hiesigen Hersteller inzwischen über 70 Prozent ihres Produktionswertes exportieren – Tendenz weiter steigend. Die Hauptabnehmer finden sich dabei nicht etwa jenseits des Atlantiks, sondern auf dem europäischen Binnenmarkt: Drei von vier Exporteueros werden innerhalb Europas erzielt, der Löwenanteil davon in den Staaten der Europäischen Union.

Lediglich 10 Prozent aller Exporte gehen in die USA und nach Kanada. Selbst das für seine allgemein starke Position auf dem Hightech-Markt bekannte Asien kauft in größerem Maße Lasertechnik „made in Germany“. In der Regel handelt es sich bei den exportierten Gütern um hochwertige Endprodukte in geringen Mengen, die meist individuell für Kunden angefertigt wurden. Zuvor haben sich die deutschen Hightech-Produzenten jedoch an den asiatisch dominierten Massenmärkten bedient: Von dort stammen die Vorprodukte wie etwa Platinen und andere technische Elemente.

Der Erfolg der deutschen Lasertechnologie kommt allerdings nicht von ungefähr. Die betreffenden Unternehmen sind deutlich aktiver bei der Forschung und Entwicklung (FuE) als ihre Pendanten in anderen Wirtschaftszweigen:

Durchschnittlich wendet die Branche 10,1 Prozent des Umsatzes für Forschung und Entwicklung auf, während die FuE-Intensität im Industriedurchschnitt lediglich bei etwa 3 Prozent liegt.

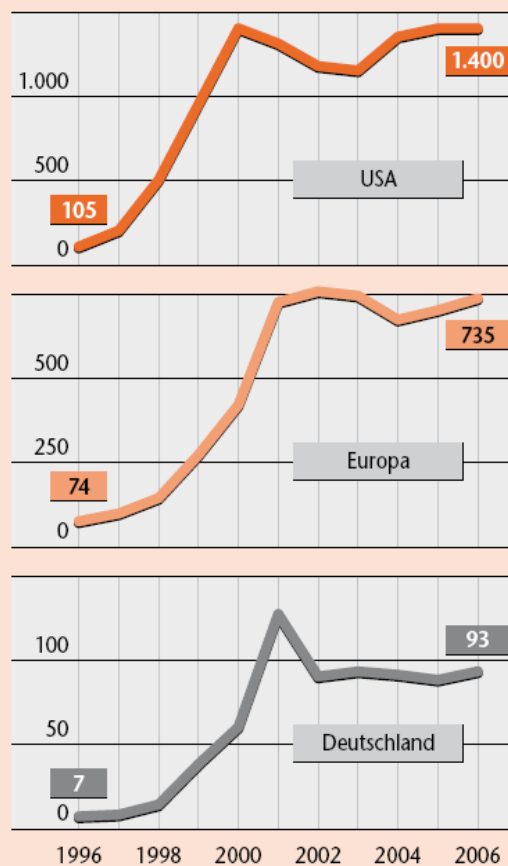
Und die klugen Köpfe der Lasertechnik tüfteln fleißig weiter. Die Konsequenz sind ständig neue Ideen – mittlerweile stammt jeder dritte Euro an Umsatz aus dem Verkauf von Erzeugnissen, die jünger als drei Jahre sind.

Eines der zahlreichen Erfolgsbeispiele, welches die Lasertechnik bisher hierzulande geliefert hat, ist die refraktive Chirurgie: Ein kurzer Eingriff per Laser korrigiert dabei die Kurzbeziehungsweise Weitsichtigkeit sowie even-

tuelle Hornhautverkrümmungen des menschlichen Auges. Die Methode hat eine rasante Entwicklung hinter sich (Grafik). Vor zehn Jahren noch weitgehend unbekannt, erfolgten hierzulande allein im vergangenen Jahr etwa 93.000 solcher Augenoperationen. Doch in den ohnehin guten Zahlen der Laserbranche findet sich der boomende Markt der Augenlaser gar nicht wieder – die entsprechenden Produzenten werden stattdessen der Medizintechnik zugerechnet.

Lasertechnik: Augen-OP statt Brille

Jährliche Operationen in 1.000



Quelle: Verband der Spezialkliniken Deutschlands für Augenlaser und Refraktive Chirurgie (VSDAR)

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die erfolgreichen Firmen der Lasertechnik sitzen in Deutschland in den bekannten innovationsstarken Regionen Baden-Württembergs und Bayerns; in den vergangenen Jahren haben sich jedoch noch viele weitere regionale Zentren herausgebildet. Rund um die Region Aachen und die dortigen Hochschulen ist beispielsweise ein dichtes Netzwerk forschungsstarker Unternehmen entstanden. Oft handelt es sich dabei um so genannte Spin-offs – Ausgründungen der Hochschulen selbst oder aber einer öffentlich unterstützten Forschungseinrichtung wie etwa der Fraunhofer-Gesellschaft. Auch in Sachsen und Thüringen glänzen Betriebe im Bereich der Lasertechnik.

Allerdings steht dieser Wirtschaftszweig mit seinem Erfolg eher allein auf weiter Flur, was deutsche Spitzentechnologie betrifft. Denn die Bundesrepublik kann international im Bereich der Hightech-Wirtschaft nicht wirklich mithalten.

Zur Spitzentechnologie zählen Branchen, in denen mindestens 7 Prozent des Umsatzes in Forschung und Entwicklung investiert werden,

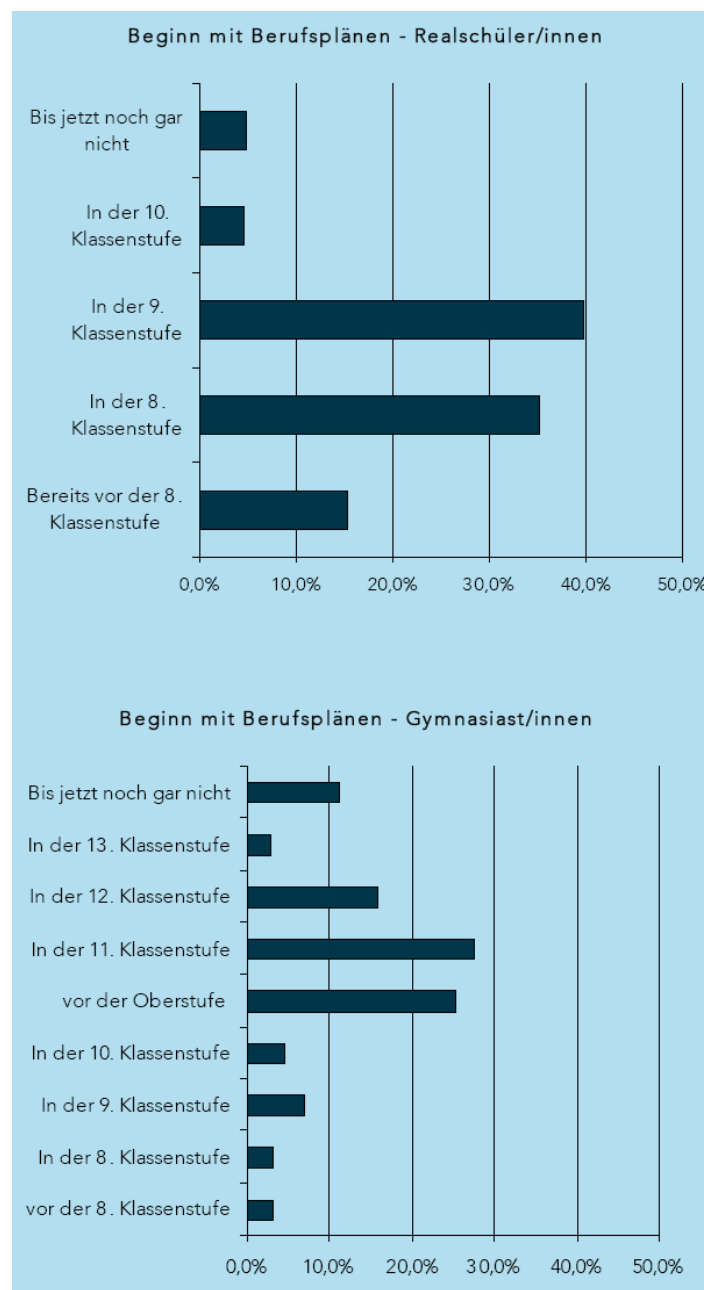
etwa die pharmazeutische Industrie, die EDV-Geräteherstellung sowie die Medizintechnik. Die echten Stärken der Deutschen aber liegen mehr im Automobil- und Maschinenbau, also in der so genannten gehobenen Gebrauchstechnologie. Hier ist denn auch die FuE-Intensität deutlich niedriger: Zwischen 2,5 und 7 Prozent des Umsatzes wandern in diesen Branchen in die Entwicklung neuer Ideen. Immerhin resultierte daraus im Jahr 2005 ein Handelsbilanzüberschuss von 164 Milliarden Euro. Die deutsche Spitzentechnologie hingegen kam nur auf eine ausgeglichene Handelsbilanz.

Deutschland ist also trotz seiner Erfolge in der Laserbranche kein typisches Hightech-Land. Dennoch förderte das Bundesministerium für Bildung und Forschung von 1987 bis 2004 zahlreiche Projekte der Lasertechnik und optischen Technologien mit mehr als 770 Millionen Euro. Und die Bundesregierung hat diese Mittel im Rahmen der aktuellen Hightech-Strategie noch einmal deutlich aufgestockt. Allein von 2006 bis 2009 kommen Lasertechnik & Co. 310 Millionen Euro zugute.

Wann beginnen Jugendliche, sich Gedanken zu ihrer Berufswahl zu machen?

Das trendene-Institut veröffentlicht in diesem Jahr zum zweiten Mal sein „Schülerbarometer“, eine große Umfrage zu Fragen der Berufswahl. 2007 nahmen 8.400 Schülerinnen und Schüler teil und gaben unter anderem Auskunft über den Zeitpunkt ihres ersten Gedanken zur Berufswahl. Die folgende Grafik

stammt aus dem Bericht, der auf den Internetseiten des Instituts (www.trendence.de) kostenlos geladen werden kann. Ein Bericht der Wochenzeitung ZEIT über die erste Studie im vergangene Jahr 2006 findet sich in der Rubrik „Pressemeldungen“ dieser *iBB*-Ausgabe.



Die Zahl der Wanderungen aus den neuen in die alten Bundesländer nimmt ab

Quelle: demos-Newsletter des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung vom 10. November 2006

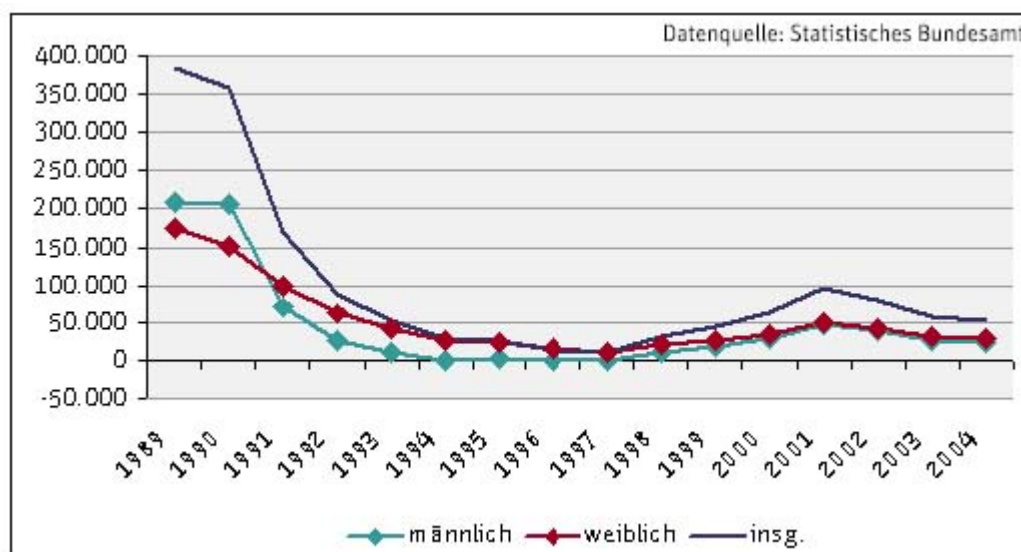
<http://www.berlin-institut.org>

Die Zahl der Wanderungen aus den neuen in die alten Bundesländer nimmt ab – wer umziehen kann und will, hat es schon getan. Aus dem Osten in den Westen, aus der Stadt ins Umland. Zurück bleiben dünn besiedelte Landschaften, in deren Infrastruktur zu investieren sich kaum noch lohnt.

Immer weniger Menschen verlassen die neuen Bundesländer. Vor allem das Potenzial an jungen Erwachsenen, die im Westen Arbeit oder Ausbildung suchen, scheint nach und nach erschöpft zu sein. Das zeigen Zahlen, die das Statistische Bundesamt zum Tag der deutschen Einheit veröffentlicht hat. Netto verloren die neuen Bundesländer im vergangenen Jahr rund 49 000 Einwohner, fast 3000 weniger als noch 2004. Damit setzt sich ein rückläufiger Trend fort, der seit 2001 zu beobachten ist.

Seit der Wende verlieren die neuen Bundesländer Einwohner an die Länder des alten Bundesgebiets. Während der ersten Welle der deutschen Binnenmigration verließen rund eine Million Menschen den Osten (1989-1992). Mit den umfangreichen Investitionen zum „Aufbau Ost“ kam in den Neunzigerjahren die Hoffnung, dass sich die Wirtschaft in den neuen Bundesländern doch noch erholen würde – und die Abwanderung erreichte 1996 den Tiefststand der Nachwendezeit mit 25 000 Netto-Abgewanderten. Doch schon ab dem folgenden Jahr nahm die Abwanderung in das alte Bundesgebiet wieder zu, bis 2001 mit netto 97 000 ein nächster Hochpunkt erreicht war. Seitdem geht der Saldo wieder langsam zurück.

Ost-West-Wanderungssaldo (ab 2001 ohne Berlin)

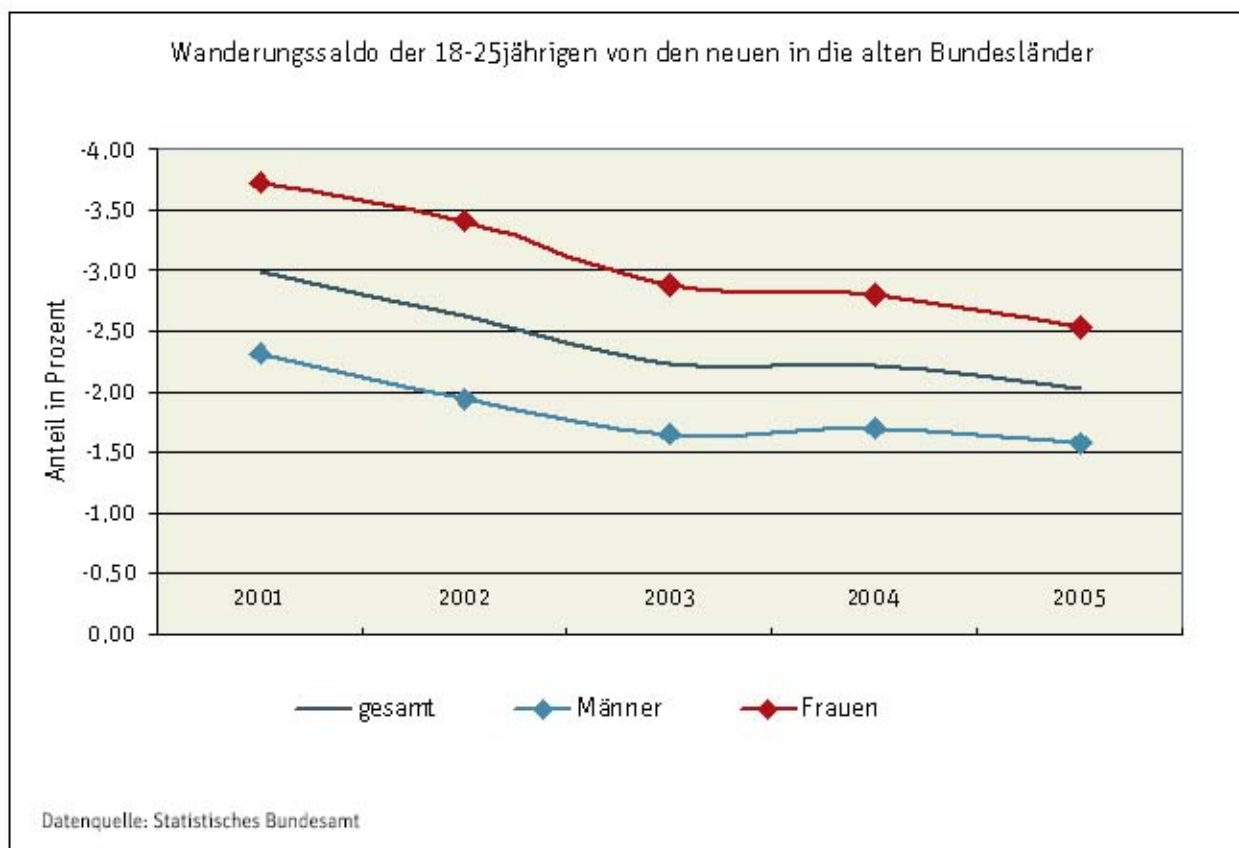


Direkt nach der Wende verlor der Osten die meisten Einwohner. In den Neunzigerjahren ging die Zahl auf 25 000 (1996) zurück, nahm aber zur Jahrtausendwende hin wieder zu. Seit 2001 wandern immer weniger Menschen von Ost nach West. Frauen verlassen den Osten seit 1991 in wesentlich größerem Umfang als Männer.

Ende der neunziger Jahre wurden die Gesamt abwanderungsquoten der neuen Länder dadurch abgemildert, dass viele Berliner ihren Wohnsitz vor die Stadtgrenzen verlegten. Berücksichtigt man diese spezielle West-Ost-Bewegung, die eigentlich durch die Suburbanisierung Berlins entsteht, beträgt das Abwanderungssaldo des Ostens 1996 nur rund 17 000, 1997 nur 2500 Menschen. Bis 2001 verringerte sich die Stadtflucht aus Berlin von rund 26 000 Menschen in 1997 auf 7000 und bleibt seither auf etwa diesem Niveau.

Mehr als die Hälfte der Ostflüchtigen sind zwischen 18 und 25 Jahren alt. Doch nun ist vor allem in dieser beweglichsten Altersgruppe in den vergangenen Jahren Ruhe eingeekehrt. Sind 2001 noch drei Prozent der jungen Erwachsenen vom Osten in den Westen gezogen (netto), waren es 2005 nur noch zwei Prozent. Ursache könnte sein, dass die qualifizierten und dynamischen jungen Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt im Westen eine Chance haben, bereits größtenteils den Osten verlassen haben - und dass es nicht viel Nachwuchs an 18jährigen Wanderungswilligen und -fähigen gibt.

Junge Frauen zieht es nach wie vor stärker in den Westen als junge Männer, auch wenn die Wanderung insgesamt nachlässt. 2001 sind netto 2,3 Prozent der jungen Männer abgewandert, aber 3,7 Prozent der jungen Frauen. 2005 sind es nur noch 1,6 Prozent der 18-25-jährigen Männer, aber 2,5 Prozent der jungen Frauen.



Mehr als die Hälfte der Abwanderer aus Ostdeutschland ist zwischen 18 und 25 Jahre alt. Nach wie vor wandern mehr junge Frauen als Männer ab, wobei die Zahl der Wanderungen insgesamt seit 2001 zurückgeht: von 2,3 Prozent der jungen Männer und 3,7 Prozent der jungen Frauen (2001) auf 1,6 Prozent der Männer und 2,5 Prozent der Frauen (2005).

Für junge Menschen aus dem Osten liegt der wohl wichtigste Grund, in den Westen zu gehen, in besseren Chancen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Vor allem Ostdeutsche Frauen mit traditionell hohen Erwerbsquoten suchen im Westen eine Arbeit oder Ausbildungsmöglichkeit, die es im Osten nicht mehr gibt, schreibt das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in der Analyse „Bevölkerungsumverteilungen und Auswirkungen innerdeutscher Wanderungen“. Mittlerweile besteht in allen Regionen der neuen Bundesländer ein Männerüberschuss, vor allem bei den jungen Erwachsenen. Einzig in einigen Universitätsstädten gibt es noch genauso viele junge Frauen wie junge Männer. Besonders gravierend ist das Ungleichgewicht in ländlichen Gebieten – in einigen Landkreisen kommen auf 100 Männer weniger als 80 Frauen. Das erklärt sich dadurch, dass weniger Frauen als Männer in die neuen Bundesländer (zurück) wandern (Statistisches Bundesamt).

Arbeitsplätze gibt es in wirtschaftsstarken Regionen. So profitieren diese von der Abwanderung aus dem Osten und betreiben „demografischen Klau“ an qualifizierten Arbeitskräften. Mehr als jeder fünfte Abwanderer zieht nach Bayern. Etwas weniger gehen jeweils nach Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Die meisten kommen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Auch Verdichtungsräume wie etwa um Hamburg, Köln, Frankfurt/Main, Stuttgart und München ziehen mit einem dynamischen Arbeitsmarkt und Bildungs- Kultur- und Freizeitangeboten Menschen aus Schwundregionen an.

Die Binnenmigration hat weit reichende Folgen für die wirtschaftliche und soziale Ent-

wicklung der Regionen und löst in vielen Bereichen einen weiteren Bevölkerungsschwund aus. Die überdurchschnittliche Abwanderung der Frauen führt dazu, dass in den Geberregionen noch weniger Kinder geboren werden und sich familienfreundliche Strukturen kaum noch lohnen. Kindergärten und Schulen werden geschlossen. Mit der Wende ist die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in den neuen Bundesländern von 1,7 (1988) auf 0,7 (1994) zurückgegangen. Zwingende Folge war, dass sieben Jahre später die Hälfte der Schulbänke leer blieb. Mit der Schließung der Schulen werden die Schulwege länger – das macht diese Regionen noch unattraktiver für Familien.

Ein Verlust an qualifizierten Arbeitskräften führt zu einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale. Denn trotz einer hohen Arbeitslosigkeit mangelt es im Osten an Fachkräften. Und wo kein qualifizierter Nachwuchs ist, siedeln sich auch keine Firmen an. Ein überwiegender Teil der Arbeitslosen ist bereits über 55 Jahre alt, unter den jungen haben überdurchschnittlich viele keinen Schulabschluss. Bis 2010 wird sich die Zahl der Schulabgänger nochmals halbieren, da dann die geburtenschwachen Nachwende-Jahrgänge ins Ausbildungsalter kommen.

Dramatisch sind die Folgen des Bevölkerungsschwunds für ältere Menschen, die nicht mehr so mobil sind. In schrumpfenden Regionen schließen Supermärkte, Arztpraxen und Behörden. Daher ist damit zu rechnen, dass Ältere in Zukunft verstärkt wieder in die Städte ziehen oder in Gebiete, die sich mit ihrem Dienstleistungsangebot speziell auf Ältere eingestellt haben. Angesichts der steigenden Bedeutung dieser Bevölkerungsgruppe sind diese Bewegungen nicht zu unterschätzen.

Stadtplaner haben mit Leerständen und einer zu geringen Auslastung von Infrastrukturen wie Wasser- und Abwasserleitungen zu kämpfen. Eine Million Wohnungen, 13 Prozent des Bestandes der neuen Bundesländer, sind unbewohnt - die Hälfte davon ist abrisssbereit. Bei einer geringen Einwohnerzahl haben die

Kommunen auch weniger Einnahmen, mit denen sie die Aufrechterhaltung der Infrastrukturen finanzieren könnten.

Fast überall verlieren die Städte Einwohner an das Umland. Meist sind es Familiengründer, die ein attraktives Wohnumfeld suchen, möglichst nah an der Großstadt, aber dennoch im Grünen. Die Abwanderung dieser Gruppe aus den Kernstädten führt zu einer Suburbanisierung: Einkommensstarke Schichten wohnen in den Speckgürteln der Städte, während einkommensschwache Schichten in den Stadtkernen zurück bleiben. Dadurch büßen die Städte dringend benötigte Steuereinnahmen ein.

Um der Unterversorgung mit Bildungs-, und Gesundheitsangeboten zu begegnen, sollte sich die Förderung der schrumpfenden Regionen auf einzelne Städte als Wachstumskerne konzentrieren. Eine flächendeckende Versor-

gung ist angesichts leerer Staatskassen und dem unaufhaltsamen demografischen Wandel nicht zu gewährleisten, folgert das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Um die Suburbanisierung zu begrenzen, müssen Städte familienfreundlicher werden und die einkommensstarken Schichten an sich binden.

Mehr über das Ausmaß, die Ursachen und Folgen der Binnenmigration lesen Sie in der Analyse „Bevölkerungsumverteilungen und Auswirkungen innerdeutscher Wanderungen“, die das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt hat.

Quellen:

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 29.9.2006

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Bevölkerungsumverteilungen und Auswirkungen innerdeutscher Wanderungen

Die Türen öffnen zum Lernen und Arbeiten in Europa Was ist der Europass?

Haben Sie vor, einen allgemeinen oder beruflichen Bildungsgang zu absolvieren? Sind Sie auf Stellensuche? Oder möchten Sie Arbeitserfahrung erwerben? Und dies auch im Ausland? - Dann sollten Sie in der Lage sein, die eigenen Fähigkeiten, Kompetenzen und Qualifikationen in klar verständlicher Form darzustellen und zu präsentieren.



Der Europass ist ein neuartiges Angebot und soll dem Einzelnen helfen,

- die eigenen Fähigkeiten, Kompetenzen und Qualifikationen in klar verständlicher und allgemein nachvollziehbarer Form auszuweisen und zu präsentieren, und zwar europaweit (d.h. in den Mitgliedsta-

ten der Europäischen Union, den EFTA-/EWR-Staaten und in den Beitrittsländern);

- europaweit mobil zu sein.

Der Europass beinhaltet fünf Dokumente:

- zwei Dokumente, die Sie selbst ausfüllen können (den Europass-Lebenslauf und den Europass-Sprachenpass), sowie
- drei weitere Dokumente, die von den jeweils zuständigen Organisationen ausgefüllt und ausgestellt werden (die Europass-Zeugniserläuterung, den Europass-Diplomzusatz und den Europass Mobilitätsnachweis).

Zur Unterstützung und Flankierung des Europass wird ein Netz von Nationalen Europass-Zentralstellen aufgebaut.

Eingeführt wurde der Europass durch die Entscheidung Nr. 2241/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über ein einheitliches gemeinschaftliches Rahmenkonzept zur Förderung der Transparenz bei Qualifikationen und Kompetenzen.



*Die Europass-Dokumente kann man im Internet unterstellen
unter der Adresse:*

<http://europass.cedefop.europa.eu/>

Englisch verliert als Weltsprache an Bedeutung Immer mehr Menschen sprechen Chinesisch, Arabisch oder Spanisch

Quelle: *demos-Newsletter des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung vom 28. Juni 2006*
<http://www.berlin-institut.org>

Englisch wird nicht die einzige Weltsprache bleiben. Das ergaben Studien des britischen Sprachforschers David Graddol. Zwar ist die Zahl der Menschen, die weltweit Englisch lernen, in den vergangenen Jahren rapide angestiegen. Mittlerweile sprechen in Indien schon mehr Menschen englisch als in Großbritannien und den USA zusammen. Doch es gibt immer weniger Personen, die Englisch als Muttersprache beherrschen. Dies ist aber wichtig für das Funktionieren einer Weltsprache, weil diese Menschen über Literatur, Film, Nachrichtensendungen und Lehrmaterial Standards setzen.

Graddol gibt auch einen Ausblick auf das sich ändernde Sprachengemenge der Welt: Unterhielten sich 1950 noch neun Prozent aller Erdenbürger auf Englisch, werden es bis 2050 voraussichtlich nur noch fünf Prozent sein. Genau so viele werden dann spanisch und arabisch sprechen. Etwa sechs Prozent werden Hindi und mehr als doppelt so viele Chinesisch als Muttersprache haben. Ein Hauptgrund für die massive Verschiebung liegt in der Bevölkerungsentwicklung: Mit dem demografischen Wachstum Chinas und Indiens, der arabischen und der spanischen Welt können die Angelsachsen nicht mithalten.

Unter den Hauptsprachen der Welt wird vor allem Arabisch an Bedeutung gewinnen - weil die Bevölkerung in den entsprechenden Ländern am stärksten wächst. Chinesisch - in all seinen Dialekten und Varianten - ist und bleibt die mit Abstand häufigste Sprache.

Am schnellsten wächst derzeit die Bevölkerung der arabischen Länder. Sie wird - demografisch gesprochen - auch in einem halben Jahrhundert noch die Form einer Pyramide haben - weil in arabischsprachigen Ländern

die Geburtenraten so hoch liegen, dass stets größere Kohorten junger Menschen nachwachsen. „Die Generation junger Araber, die jetzt aufwächst, bestimmt die Zukunft der Weltsprache Arabisch“, schreibt Graddol in seiner aktuellen Studie „English Next“. Heute unterscheidet sich das gesprochene Arabisch vieler Regionen noch stark voneinander. Doch die Verbreitung arabischer Medien wie des Fernsehsenders Al Dschasira wird nach Graddols Einschätzung dafür sorgen, dass die Sprache einheitlicher wird. Arabisch hat also gute Aussichten, an internationaler Bedeutung zu gewinnen.

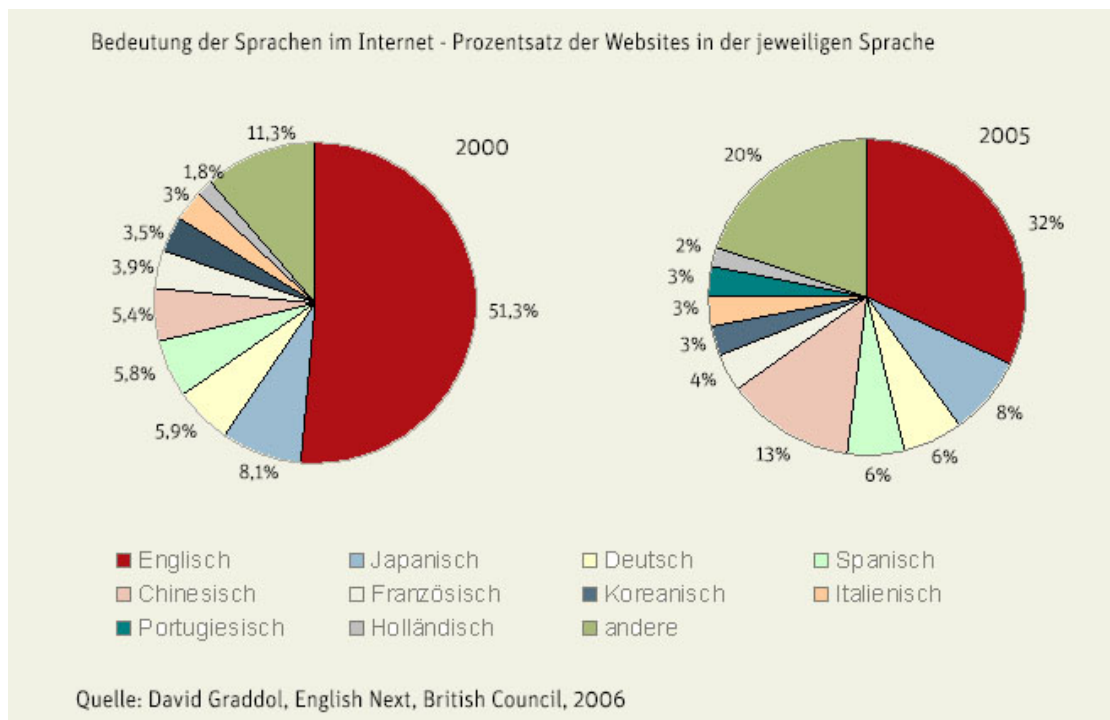
Chinesisch hat von allen Sprachen die meisten Sprecher. Innerhalb Chinas gibt es viele Dialekte, doch Mandarin hat sich als für alle verständliche Sprache durchgesetzt und breitet sich jetzt auch auf südostasiatische Nachbarländer aus. Aufgrund des raschen Wirtschaftswachstums der Volksrepublik wird es für Mitarbeiter von Firmen und Organisationen der ganzen Welt immer wichtiger, auch Mandarin zu sprechen. Aus derzeit 30 Millionen Sprechern sollen nach Einschätzung der chinesischen Regierung innerhalb der nächsten Jahre 100 Millionen werden. Die chinesische Regierung unterstützt das weltweit wachsende Interesse an der Sprache aktiv mit dem 2004 gegründeten Netzwerk „Confucius Institutes“. Nach deren Schätzungen soll die Zahl international der Mandarin-Lernenden in den nächsten Jahren von 30 Millionen auf 100 Millionen ansteigen.

Spanisch ist heute für ebenso viele Menschen die Muttersprache wie Englisch. In den USA spricht mittlerweile ein Fünftel der Bevölkerung zuhause Spanisch. Dieses Ergebnis einer Volksbefragung aus dem Jahr 2000 veranlassete den US-Senat im Mai dieses Jahres, eine

Resolution zum Schutz und zur Förderung von Englisch als Nationalsprache zu verabschieden. Sowohl in den Vereinigten Staaten wie auch in Südamerika gewinnt Spanisch an wirtschaftlicher Bedeutung. Das brasilianische

Schulsystem stellt sich darauf ein: Seit Juli 2005 müssen alle Schüler in Brasilien neben der Erstsprache Portugiesisch auch Spanisch lernen.

Chinesisch auf dem Vormarsch im Internet



Englisch war nicht nur die erste sondern lange auch die dominierende Sprache im Internet. Aber seit immer mehr Menschen auch in den Schwellenländern Zugang zum Netz haben, verliert das Englische an Bedeutung. Vor allem Chinesisch breitet sich rapide aus.

Ein zusätzlicher Faktor für die Bedeutung der künftigen Weltsprachen ist die Migration: Alternde Gesellschaften wie die deutsche brauchen junge ausländische Arbeitskräfte, um den Mangel an Menschen im arbeitsfähigen Alter auszugleichen. Die jungen Zuwanderer stammen meist aus Ländern, in denen die Bevölkerung noch wächst. Sie verändern nicht nur das Sprachgefüge in den Zielländern, sondern auch in ihrer Heimat. Denn wer später dorthin zurückkehrt, bringt Sprachkenntnisse

und Kontakte mit, welche auch die Verhältnisse im Heimatland verändern.

In der wirtschaftlichen Entwicklung der Schwellenländer machen kommunikationsintensive Dienstleistungen einen immer größeren Anteil der Exporte aus. „Der Trend ist klar“, schreibt Graddol: „Sobald es irgendeine Dienstleistung gibt, die nicht an einen Standort gebunden ist, wird sie dorthin ausgelagert, wo die Löhne billiger sind.“ So nehmen kalifornische Kinder Nachhilfeunterricht in Indien, Fast Food Restaurants in Amerika lassen ihre Bestellungen von indischen Call Centers entgegennehmen – natürlich auf Englisch.

In der globalisierten Arbeitswelt ist Englisch zu sprechen nicht mehr ein Attribut der Elite, sondern oft die einzige Möglichkeit, mit Kolle-

gen und Kunden zu kommunizieren. „Die Zukunft liegt in der Mehrsprachigkeit“, meint Graddol. Und ermahnt seine Landsleute, Fremdsprachen zu lernen. Welche Sprachen wirtschaftlich wichtig werden, bestimmt der Markt. Dabei richten sich Anbieter nach den Konsumenten. Und die gibt es in Zukunft vor allem in China: „Das nächste Muss ist Mandarin“, sagt Graddol. Jetzt reagiert das erste britische College und macht die chinesische Sprache ab sofort zum Pflichtfach für alle 13- bis 18-jährigen Schüler.

Besonders deutlich werden die Veränderungen der Sprachlandschaft im Internet. Dieses Medium verbreitet nicht nur die Sprache, es verändert sie auch. Diasporisch verstreut lebende Bevölkerungsgruppen halten über Internet und Emails Kontakt zu ihrer Kultur. Und dabei verliert die englische Sprache seit einigen Jahren rapide an Bedeutung. Vor sechs Jahren war noch mehr als die Hälfte aller Internetinhalte in englischer Sprache, vor einem Jahr waren es nur noch 32 Prozent. Chinesisch hat seine Präsenz von 5,4 auf 13 Prozent mehr als verdoppelt.

Auch im Fernsehen verliert Englisch an Einfluss. Jahrzehntlang gaben englischsprachige Sender wie BBC und CNN den Ton in der internationalen Berichterstattung an. Doch seit einigen Jahren wächst die internationale Konkurrenz: 1996 wurde mit „Al Dschasira“ in Katar der erste internationale arabische Nachrichtensender gegründet. Es folgten Al Arabija in Dubai (2003) und Al Hurra in Washington (2004).

Mit der Verbreitung neuer Technologien bekommt die englische Sprache nicht nur immer mehr internationale Konkurrenz, sondern sie verändert sich auch. In welche Richtung, lässt sich erahnen: In E-Mails, Blogs und SMS kann jeder schreiben wie er will – wobei sich eine einfache, informelle Sprache als besonders effizient erweist. Dadurch wird die Sprache destandardisiert, die Grammatik vereinfacht. Der Wortschatz wird durch Neuschöpfungen und Slangausdrücke größer.

Dem Siegeszug der neuen Weltsprachen steht das Aussterben vieler kleiner, regionaler Sprachen gegenüber: „Wir verlieren heute täglich eine Sprache“, schreibt Graddol. Noch gibt es etwa 6000 Sprachen, in 45 Jahren sind davon, wenn sich der Trend fortsetzt, nur noch 600 übrig. Eine Hoffnung bleibt für den Sprachforscher: In den urbanen Schmelztiegeln könnten über Subkulturen und deren Slangs regelrechte neue Sprachen entstehen und für neue Vielfalt sorgen.

Denn die englische Sprache ist längst nicht mehr nur ein Mittel der globalen Verständigung. In vielen Ländern, die früher zum Commonwealth gehörten, hat sich Englisch zur individuellen Nationalsprache mit eigenen Ausdrücken und Einsprengseln von Lokalsprachen entwickelt. Der britische Linguist David Crystal vermutet, dass sich solche Lokalformen des Englischen zu neuen Sprachen entwickeln. Obwohl auch Crystal davon ausgeht, dass es in Zukunft normal sein wird, mehrere Sprachen zu sprechen, glaubt er, anders als David Graddol, nicht, dass Englisch an Bedeutung verliert, sondern sie sich lediglich verändern wird. Wer viele Sprachen spreche, müsse diese nicht perfekt beherrschen, sondern so, wie es die Situation erfordert, so Crystal. Weil es heute schon in zahlreichen mehrsprachigen Ländern üblich sei, auf dem Markt eine andere Sprache zu sprechen als zuhause, bei der Arbeit, in der Schule, Universität oder Kirche, werde es in Zukunft nicht darauf ankommen, jedes einzelne Wort einer Sprache zu beherrschen, um effizient mehrsprachig kommunizieren zu können.

Quellen:

- David Crystal: The Language Revolution. Policy Press, 2004
- David Graddol: English Next. British Council, 2006
- David Graddol: The Future of Language. In: Science, Vol. 303, 27. Februar 2004
- David Graddol: The Future of English? British Council, 1997, 2000

Studien zeigen:

Arbeitslosigkeit macht depressiv

Forschungen sollten sich mit Prävention der Schwermut bei Arbeitslosen befassen

Quelle: 3sat, nano-Sendung vom 13. September 2007

Studien belegen, dass Arbeitslosigkeit depressiv macht und besonders Langzeitarbeitslose ein hohes Risiko haben, schwere psychische Störungen zu entwickeln. In der Folge resignieren die Betroffenen, ziehen sich zurück, geben auf und erfüllen die Auflagen der Arbeitsagenturen nicht mehr. Weil diese sich nicht mit der Problemlage befassen, reagieren sie mit Sanktionen, was für die Betroffenen gefährlich sein kann. Daneben weiß man, dass die Sterblichkeit von Langzeitarbeitslosen erhöht ist.

Wenn sich einmal pro Woche die Selbsthilfegruppe Depression in Fürth trifft, fällt besonders auf, dass es sich bei der Hälfte der Teilnehmer um Arbeitslose handelt. Zu dem Ergebnis, dass arbeitslose Menschen besonders oft unter Depressionen leiden, kam auch eine Untersuchung der Uni Leipzig. Bei Menschen, die sich keine Gedanken um ihren Arbeitsplatz machen müssen, lag die Depressionsrate bei nur vier bis fünf Prozent.

Unter den Personen, die sich um ihren Arbeitsplatz sorgten, betrug die Depressionsrate zehn bis 15 Prozent und bei Arbeitslosen sogar über dreißig Prozent. Die Betroffenen leiden zunächst einmal daran, dass ihnen die normale Zeitstruktur fehlt. Besonders hart trifft die Arbeitslosigkeit Männer, die in der Familie Alleinernährer waren. Dann wird die Identität angekratzt, das Selbstbewusstsein bröckelt



und die gesellschaftliche Anerkennung nimmt ab.

Gegenüber dem Osten, wo ja ganze Kollektive in die Arbeitslosigkeit gestürzt wurden und die Menschen das Problem kennen, kratzt es die Westdeutschen noch besonders. Im Osten hat das ohne Arbeit sein einen derartig hohen Grad erreicht, dass die soziale Abwertung nicht so hoch war. Bei geschätzten 35 bis vierzig Prozent von Menschen in Leipzig, die gerne arbeiten würden, fällt die soziale Stigmatisierung nicht so hart aus. Um das Problem wissend, müsste eigentlich mehr an einer Prävention geforscht werden.

Wie Dr. Elmar Brähler von der Universität Leipzig weiß, ergeben aber auch ehrenamtliche Tätigkeiten nur dann einen Sinn, wenn sie mit Anerkennung gekoppelt sind. Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Man sollte eher darauf schauen, was anderen Arbeitslosen dazu verhilft, ein gesundes und erfülltes

Leben zu führen. Wer aber bereits an Schwer-
mut erkrankt ist, sollte sich nicht davor

scheuen, in einer Selbsthilfegruppe oder beim
Arzt Hilfe zu suchen.



Der Fernsehbeitrag stammt aus dem werktäglichen Magazin nano zu natur- und sozialwissenschaftlichen Themen (auf 3sat montags bis freitags um 18:30 Uhr, Wiederholung der Sendung am jeweiligen Folgetag um morgens 7:00 Uhr und um 9:45 Uhr). Auf der Internetpräsenz der Sendung (www.nano.de) kann sowohl der einführende Bericht als Video angesehen werden:

<http://www.3sat.de/mediathek/?obj=5874>

als auch das Video mit dem Interview von Prof.Dr Gerhard Trabert:

<http://www.3sat.de/mediathek/?obj=6074>

Übrigens: Jeweils werktäglich um 19:20 Uhr folgt auf 3sat das Magazin Kulturzeit, das ebenfalls sehr empfehlenswert ist.

Literaturhinweise

Soziologie erschließt mehr Arbeitsfelder als Forschung & Lehre

Der BDS auf dem Weg zu einem Berufshandbuch für Soziologinnen und Soziologen

von Karl-Heinz P. Kohn

Der Arbeitsmarkt für Akademiker in Deutschland wächst seit Jahrzehnten in rasanter Dynamik. Er wird dennoch stets begleitet von Unkenrufen und der Vorstellung, dass nicht sein könne, was die eigene traditionell eingeübte Sicht auf Studium und Arbeitsmarkt übersteigt. Diese Skepsis und diese Wahrnehmungsverweigerung werden allerdings durch zwei objektive Probleme begünstigt: Zum einen stellt sich die Landschaft akademischer Abschlüsse und akademischer Arbeitsfelder als ausgesprochen komplex, verschlungen und dadurch unübersichtlich dar. Für jede akademische Disziplin gibt es zahlreiche berufliche Optionen, und abschlussbezogene, also fachspezifische, Teilarbeitsmärkte weisen untereinander große gemeinsame Schnittflächen auf. Zum anderen ist der so eindeutig wirkende Begriff des „Berufs“ mehrdimensional. Insbesondere die beiden Bedeutungspole „ursprünglicher beruflicher Abschluss“ (in der akademischen Welt gerne paraphrasiert mit der Wendung „von Hause aus“) und „aktuelle berufliche Tätigkeit“ entfalten in der genannten Unübersichtlichkeit hohe Energie zur Verwirrung der Sinne und der Erkenntnis (also von Wahrnehmung und Modellbildung).

Im Ergebnis zeigt sich eine systematische Unterschätzung der fach- und niveau-adäquaten Optionen zur erwerbsberuflichen Verwertung

akademisch erworbener inhaltlicher und methodischer Fachkompetenzen und der ihnen übergeordneten akademisch erworbenen Schlüsselqualifikationen. Dies zumal für die Disziplinen der Geistes und Sozialwissenschaften, in denen der traditionell einge(tr)übte Blick besonders wenige praktische Anwendungsfelder zu erschließen vermag.

Eine empirische Gesamtschau stößt allerdings auch auf unterschiedliche methodische Probleme. Ein wesentliches ergibt sich¹ bei der Nutzung der Mikrozensen aus der auf der Grundlage des unsicheren Berufsbegriffs vollzogenen Selbsteinordnung der Befragten in Kombination mit der groben Klassifizierung der Berufe und Wirtschaftszweige.² Differenzierte fachbezogene Absolventenbefragungen wiederum bleiben hochschulstandortspezifisch und erreichen nur die jüngeren Jahrgänge³, ergeben also auch kein repräsentatives Gesamtbild.

Ein solches Gesamtbild muss aus methodisch unterschiedlich gewonnenen Mosaiksteinen zusammengesetzt werden. Dass Soziologin-



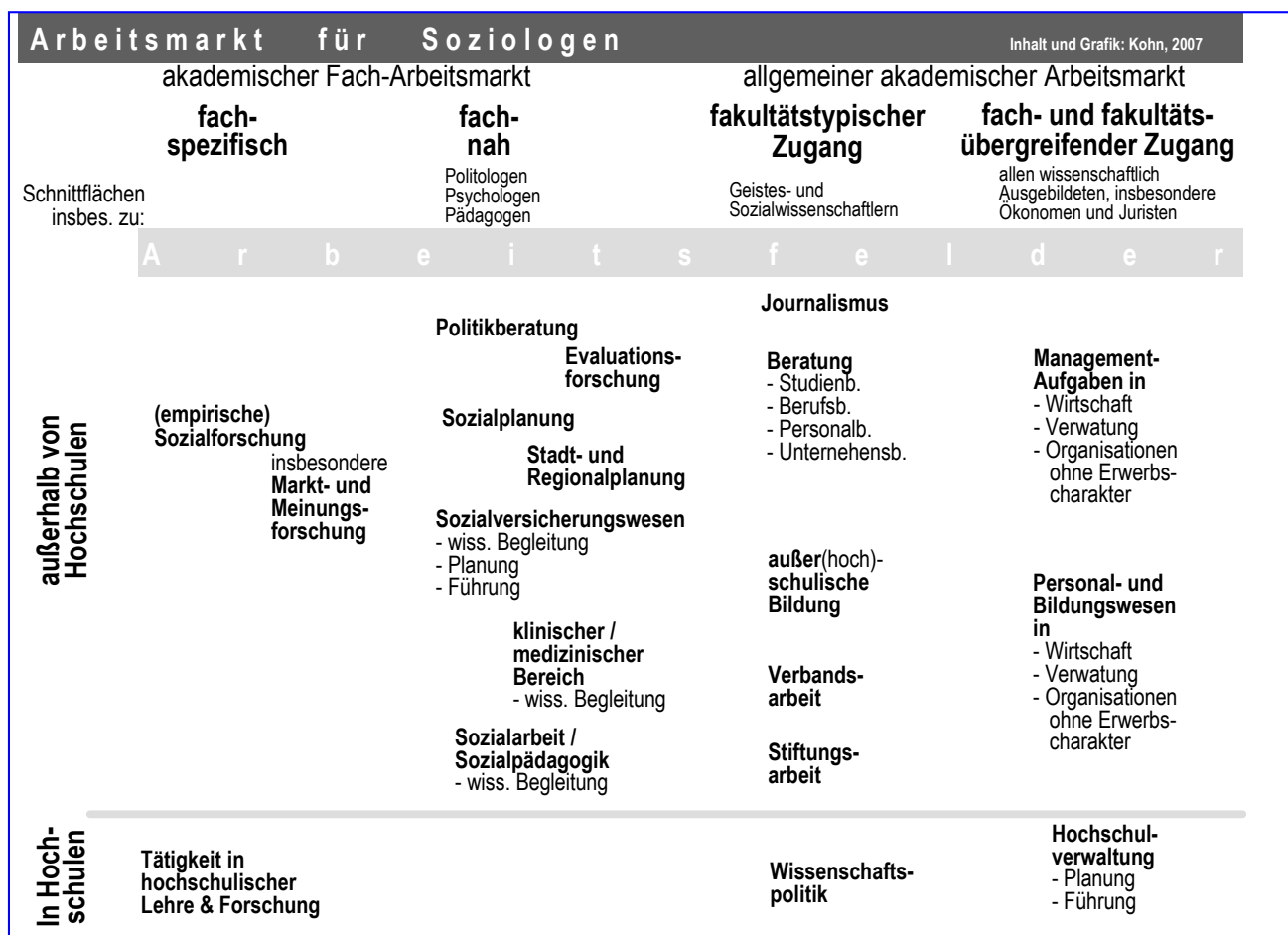
¹ neben den für einen solchen fachbezogenen Ausschnitt eher geringen Fallzahlen

² Zu weiteren methodischen Problemen des Beitrags auf der Grundlage von Mikrozensus-Auswertungen von Ulf Glöckner im vorliegenden Band siehe weiter unten.

³ vgl. Glöckner im vorliegenden Band, S. 164

nen und Soziologen neben der wissenschaftlichen Fachgesellschaft DGS auch über die berufsständische Organisation BDS verfügen, macht es möglich, eine große, erhellend glänzende Scherbe der Erkenntnis hinzuzufügen. Im von Wolfram Breger und Sabrina Böhmer jetzt herausgegebenen Sammelband *Was werden mit Soziologie* schildert eine breit gefächerte Gruppe erwerbstätiger Absolventen der Soziologie ihre Studien- und Berufsgeschichte.

Sie ist nach Lebensalter gut durchmischt (wenngleich mit einem kleinen Schwerpunkt bei den Autoren mit längerer Berufserfahrung), sie repräsentiert beide Geschlechter (wenngleich im etwa umgekehrten Verhältnis zu den aktuell Studierenden⁴), sie enthält aber vor allem Beispiele für Arbeitsfelder auf der gesamten Palette der Optionen, die sich grob skizziert in etwa so darstellt:



⁴ Es finden sich bei den Berufswegbeschreibungen 11 Männer und 6 Frauen. Zur Struktur der Studierenden vgl. *UNI 2/2006*: 57.

Damit wird für alle am Arbeitsmarkt für Soziologen Interessierte, insbesondere aber für Studien- und Berufswähler, eine materialreiche Anschauung ganz praktischer Antworten auf die Frage „Was werden mit Soziologie?“ erreicht – und damit etwas, was in der Behandlung dieses Themas leider sehr selten ist. So finden sich zum Beispiel Beiträge eines Marktforschers, einer Fernsehjournalistin, eines Hochschule leitenden Kriminologen, eines klinischen Soziologen und Künstlers oder einer Personalberaterin. Die Beiträge sind zum Teil sehr persönlich gehalten, auch mit praktischen Tipps aus der eigenen Studien- und Berufserfahrung an den Nachwuchs. Klare Erläuterungen der eigenen beruflichen Aufgaben kommen genauso vor wie Reflexionen über die frühe Motivation zur Studienwahlentscheidung Soziologie. Und so ergibt sich das bunte Mosaik, das insbesondere Rat Suchende und Gebende brauchen, um die entscheidenden Fragen gemeinsam differenziert stellen und behandeln zu können.

Der selbst gesteckte Anspruch, mit dieser Publikation schon ein „Berufshandbuch“ zu präsentieren, kann allerdings noch nicht erfüllt werden. Das wird schon am Aufbau des Sammelbandes deutlich: Die Reihenfolge der Beiträge orientiert sich am Alphabet, liefert also keine inhaltliche Struktur. Die Stichwort-Einträge selbst liegen aber auch nicht auf einer analytisch gewonnenen gemeinsamen Begriffsebene, sondern präsentieren sich eher aus dem Zufall gewonnen. So finden sich denn auch zwei Beiträge zum gleichen Arbeitsfeld, der Marktforschung, einmal unter „M“, wie Marktforschung, weil der Autor in einem Marktforschungsunternehmen Verantwortung trägt, das andere Mal aber unter „U“, wie „Unternehmen“, weil der Autor diese Aufgabe in einem Energieversorgungsunternehmen übernommen hat. Auch die Kriterien zur Auswahl der berufspraktischen Beiträge werden nicht geklärt.

Ohne erkennbare Systematik werden insgesamt vier Hintergrundartikel zum Studien- und Arbeitsfeld Soziologie eingestreut, die freilich wichtige Zusatzinformationen, insbesondere

für die oben genannten Leserkreise, liefern. Wir erfahren etwas zur konzeptionellen Geschichte des Faches Soziologie in Deutschland, zu den Schlüsselqualifikationen, die dieses Fach vermittelt sowie zum Wandel der Tätigkeitsfelder von Sozialwissenschaftlern⁵ und der entsprechenden Entwicklung des Stellenmarktes⁶. Der Beitrag zum Wandel der Tätigkeitsfelder hätte allerdings der kollegialen Methodenkritik schon im redaktionellen Vorfeld bedurft. So wird etwa die Dualitätsannahme für Arbeitgeber von „Öffentlicher Dienst“ und „Privatwirtschaft“ (letztere operationalisiert lediglich aus der Verneinung der Zugehörigkeit zum Öffentlichen Dienst) der Dynamik des Arbeitsmarktes nicht gerecht. Gerade Absolventen der Sozialwissenschaften finden Aufgaben im stark wachsenden „Dritten Sektor“⁷ der „Organisationen ohne Erwerbscharakter“, der sich der dualen Logik entzieht und dessen Dynamik sich unter anderem aus der Auslagerung öffentlicher Aufgaben speist. Deshalb ist hier auch der diachronische Vergleich der Anteile mit Vorsicht zu interpretieren. Das Gleiche gilt für den Anteilsvergleich zwischen den beiden Gruppen „Sozialwissenschaftler“ und „Akademikergesamtheit“, wenn nur eine der beiden Gruppen um die Kategorie „Lehrer“ bereinigt wird und die Größe der Restkategorie „Sonstige Berufe“ in der aus einer Befragung gewonnenen Datenquelle sich um den Faktor von etwa 3,5 unterscheidet⁸.

Es gibt also durchaus noch Verbesserungspotenziale auf dem Weg zu hoffentlich geplanten Folgeauflagen. Das gilt auch für die Auftaktstaffel aus Geleitwort, Vorwort und Einleitung. Sie hat Bedeutung für das Gesamtverständnis, in dem die Beiträge des Sammelbandes wahrgenommen und interpretiert werden. Da der in den Medien und leider auch mitunter in der

⁵ auf der Grundlage der Mikrozensus von 1989, 1993, 1996 und 2000

⁶ auf der Grundlage der Stellenausschreibungen in der Wochenzeitung *DIE ZEIT* in den Jahren 2001 bis 2006

⁷ vgl. Lutz Bellmann / Dietmar Dathe / Ernst Kistler, (2002): *Der „Dritte Sektor“: Beschäftigungspotenziale zwischen Markt und Staat*, Nürnberg (= IAB Kurzbericht 18/2002)

⁸ vgl. Tabelle 3 auf Seite 170

Wissenschaft gepflegte Diskurs über die Chancen von Akademikern auf dem Arbeitsmarkt, von Geistes- und Sozialwissenschaftlern zumal, ökonomische Realitäten weitgehend ignoriert, gilt es hier gegenzuhalten. Und deshalb sollte einiges künftig eher unterbleiben, anderes ergänzt werden. So spiegelt etwa das Geleitwort von Ralf Dahrendorf zum einen die schon genannte eingetrübte Perspektive, wenn er postuliert, dass klassische Fakultäten und manche neueren Studiendisziplinen „geradewegs in bestimmte Berufe“ führten, dies für die Sozialwissenschaften aber nicht gelte. Tendenziell ließe sich heute für praktisch jede Disziplin ein ähnlich komplexes Bild entwerfen, wie es die obige Abbildung zeigt und in dem sowohl die Arbeitsfelder in der Hochschule als auch die rein fachspezifischen Tätigkeiten die Minderheit adäquater Optionen bilden. Zum anderen zeigt Dahrendorf ein wenig zuviel berufliches Selbstbewusstsein, wenn er anderen Fächern eine den Sozialwissenschaften vergleichbare Fähigkeit zur abstrakten Begriffsbildung abspricht.

Wolfram Breger und Sabrina Böhmer wiederum könnten in ihrem Einleitungstext mit etwas mehr Selbstbewusstsein die spezifischen Kompetenzen herausarbeiten, die das Studium der Sozialwissenschaften heranbildet. So kommt es, anders als dort postuliert⁹, sehr wohl auch darauf an „was man gelernt hat“. Bei aller Betonung der Schlüsselqualifikationen darf nicht vernachlässigt werden, wie diese zustande kommen. Das hat natürlich ganz entscheidend damit zu tun, was dort gelernt und gelehrt wird. Und so ergeben sich Schnittflächen-Arbeitsfelder, die tendenziell allen Geistes- und Sozialwissenschaftlern gemeinsam offen stehen, auch aus der curricularen Gemeinsamkeit, die die Kennzeichnung „phil.“ anzeigt: das Einüben kritisch rationaler Skrupulosität gegenüber dem Wahrnehm- und Beweisbaren, das Einordnen aktueller Probleme in die umfassende Erkenntnisgeschichte abendländischen Denkens, die Aneignung also der philosophischen Grundlagen wissen-

schaftlichen Arbeitens¹⁰. Das alles hat eine sowohl methodische wie eine inhaltliche, also auch eine gemeinsame Wissens-Komponente.

Insgesamt veranschaulicht diese Publikation gut, warum der leider auch in der Soziologie immer wieder gerne belebte Topos vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ eher ein abendländisch-belletristisches Motiv ist als ein sozial- und wirtschaftsempirisches Analyseergebnis. Gemeinsam mit der noch zu leistenden Strukturierung der vorgestellten Arbeitsfelder wird in ihrer Summe deutlich, dass die von vielen der Autoren subjektiv angeführten „Zufälle“ recht eigentlich keine solchen sind, sondern das Ergebnis eines dynamischen Arbeitsmarktes, der systematisch die genannten Wissens- und Kompetenzbestände nachfragt. Deshalb sollte noch etwas deutlicher gemacht werden, dass die auch von Erich Behrendt mitgehörten unausgesprochenen Fragezeichen hinter dem Titel „Was werden mit Soziologie“¹¹ in ein Ausrufezeichen zu überführen sind. In diesem Lichte wäre dann auch das Fazit von Norbert Schreiber nach seiner informativen Analyse der Stellenangebote in der *ZEIT* ganz einfach umzuformulieren. Es sollte nicht lauten: „Die Mehrheit der jungen SozialwissenschaftlerInnen muss heutzutage damit rechnen, in Tätigkeitsfeldern außerhalb von Wissenschaft und Forschung ihre beruflichen Perspektiven zu finden.“ Es sollte lauten: Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern bietet sich außerhalb der natürlich vorhandenen Optionen in Forschung und Lehre eine breite Palette vielfältiger Optionen in den wachsenden Akademikermärkten von öffentlichem Dienst, privater Wirtschaft und drittem Sektor. – Und da haben wir von der demografischen Entwicklung hin zum generellen Mangel an hoch Qualifizierten noch gar nicht gesprochen...

Diese Rezension erscheint demnächst auch in Heft 2/2007 der Zeitschrift Sozialwissenschaften und Berufspraxis (www.bds-soz.de)

⁹ vgl. dort auf Seite 1

¹⁰ die natürlich zu größeren oder kleineren Anteilen auch von den benachbarten Schulen insbesondere der theoretischen und angewandten Naturwissenschaften geteilt wird.

¹¹ auf Seite IX

Evaluitis – eine neue Krankheit

heißt ein Arbeitspapier von Bruno S. Frey. Es hat 19 Seiten und folgende Themen:

- Evaluation verzerrt Anreize
- Was nicht gemessen wird, zählt nicht (mehr).
- Verdrängung intrinsischer Arbeitsanreize
- Manipulation der Leistungskriterien
- Induzierte Verkrustung
- Geringer Nutzen von Evaluationen für Entscheidungen
- Wenig Informationsgewinn
- Für Entscheidungen irrelevante Information
- Die Alternative institutioneller Änderungen
- Die Alternative sorgfältiger Personalauswahl



Das Papier kann im Volltext kostenlos aus dem Internet geladen werden unter der Adresse:
<http://www.iew.unizh.ch/wp/iewwp293.pdf>

Soziale Träger auf Niedriglohnkurs?

Zur aktuellen Entwicklung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im Sozialsektor

Ein Forschungsartikel zu diesem Thema von Gertrud Kühnlein und Norbert Wohlfahrt erschien in der Zeitschrift WSI-Mitteilungen, Ausgabe 07/2006. Hier die Inhaltsangabe der beiden Autoren:

Mit der Einführung von organisiertem Wettbewerb im Sozialsektor ändern sich die traditionellen Beziehungen zwischen Staat und den Leistungserbringern, insbesondere den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, grundlegend. Dies hat Auswirkungen auf die personal- und beschäftigungspolitischen Strategien der Verbände und ihrer Träger und Einrichtungen. Durch Ausgründung, Schaffung neuer Rechts-

formen für die Unternehmen und abgesenkte Tarife wird versucht, den öffentlich erzeugten Druck zum Sparen aufzufangen und an die Beschäftigten weiter zu geben. Auf diese Art und Weise entsteht schleichend ein Niedriglohnsektor, der sich auf immer mehr Berufe im Sozialsektor auszudehnen droht. Dabei ist eine politische Gegenstrategie durch die Verbände nicht zu erkennen. Diese folgen den Forderungen ihrer sozialwirtschaftlichen Unternehmen und sorgen damit eigenständig dafür, dass die staatliche Deregulierungspolitik mit einem Wettbewerb um immer niedrigere Löhne für die Beschäftigten ergänzt wird.



Ausgaben der WSI-Mitteilungen können bestellt werden unter der Internetadresse:
www.WSI-Mitteilungen.de

Filmhinweis

Prinzessinnenbad

Ein Film über junge Kreuzberger Frauen im Berufswahlalter



Aktuell läuft in den deutschen Kinos ein Dokumentarfilm, der einen guten zusätzlichen Blick in die Lebens- und Gedankenwelt von beruflichen Erstwählerinnen geben kann. Im werbenden Text der Filmproduktion heißt es:

„Prinzessinnenbad ist ein eindringlicher Film über das Erwachsenwerden, authentisch und ungeschönt. Ein ehrlicher Einblick in das Leben der Protagonistinnen Klara, Mina und Tanutscha. Bettina Blümners Film ist eine einfühlsame Langzeitbeobachtung der drei fünf-

zehnjährigen Mädchen, die auf Interesse, Zuneigung und Ausdauer beruht. In teilweise jahrelangen Vorgesprächen entstand ein Kontakt zu den Protagonistinnen, der es ermöglicht, Klara, Mina und Tanutscha auf eine Art nahe zu kommen, die einen nachhaltig in den Bann zieht. Das Resultat ist ein Film über das Ringen nach Anerkennung und Weiterkommen, bei dem bis zum Ende nur angedeutet wird, wohin die Reise von Klara, Mina und Tanutscha gehen könnte. Es bieten sich viele Möglichkeiten, viel verspre-

chende und beängstigende. Der Film portraitiert die Mädchen in einem Moment ihres Lebens, an dem vieles, wenn nicht alles möglich erscheint. Frei von Klischees haben wir es weder mit *toughen Girlies* noch mit armen Opfern oder einer bewegten Kreuzberger Milieustudie zu tun. Vielmehr ist Prinzessinnenbad ein eindringliches Portrait über Klara, Mina und Tanutscha, ihre entwaffnende Schlaueheit, ihren Witz wie auch über ihre verzagten und traurigen Momente.“



Wer vor auch teils derbem Sprachgebrauch der Protagonistinnen nicht zurück schreckt, der kann also durch Besuch dieses Films seinem Bild über die gegenwärtige Generation im Rat-Suchenden-Alter eine weitere Fassung hinzufügen - und auf der Internetseite

www.Prinzessinnenbad.de

weitere Informationen bekommen, darunter auch eine Übersicht über die Aufführungstermine in unterschiedlichen Städten.

(Wer es nicht rechtzeitig in die Kinos schafft, wartet mit uns auf die hoffentlich geplante DVD-Ausgabe.)

Pressemeldungen

OECD-Bildungsstudie Deutschland fällt zurück

Quelle: *Frankfurter Rundschau* vom 19. September 2007
www.Frankfurter-Rundschau.de

von Yvonne Globert

Spitzensportler wissen es schon lang: Wenn's mental nicht stimmt, geht gar nichts. Auf Schüler übertragen: Wenn der Wille zum Studium fehlt, wenn die Hochschulen somit immer weniger Spitzenkräfte auf den Markt spucken, kann eine Volkswirtschaft wie die deutsche sehen, wo sie bleibt. Rund 20 Prozent aller 15-Jährigen erscheint ein Studium sinnvoll. "Die schwindende Motivation ist besorgniserregend", sagte Angel Gurría, Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Welche dramatischen Folgen sich daraus ergeben, zeigt die OECD-Studie "Bildung auf ei-

nen Blick", die Gurría am Dienstag mit Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), OECD-Bildungsforscher Andreas Schleicher und dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz Jürgen Zöllner in Berlin präsentierte.

Sie berichteten wenig Positives: Es steht fünf zu 41 gegen die Bundesrepublik. Um so viel Prozent nur konnte das Land die Zahl der Studierenden seit 1995 im Vergleich zum internationalen Durchschnitt erhöhen. Im internationalen Ranking fiel Deutschland unter 30 OECD-Staaten von Platz zehn auf Platz 22 bei den Studentenzahlen zurück.

Mangel an Ingenieuren

Erstmals hat die Organisation dabei auch die Absolventenanteile nach Fächergruppen verglichen. Den Ingenieurmangel, der seit der zweiten Jahreshälfte hierzulande die bildungspolitische Agenda bestimmt, rückte auch die OECD in den Fokus - verbunden mit einer dramatischen Prophezeiung: Deutschland bildet nicht genug Ingenieure aus, um den Bestand zu sichern. Auf 100 Maschinen-

bauer und Co der 55- bis 64-Jährigen kommen nur 90 Graduierte zwischen 25 und 34 Jahren. In den 19 OECD-Ländern, für die entsprechende Daten vorliegen, liegt das Verhältnis zwischen älteren Ingenieuren und Berufseinsteigern bei 100 zu 190. Und das, obwohl der Anteil von Ingenieuren an allen Hochschulabsolventen höher ist als im internationalen Vergleich.

Zu wenige schaffen es an die Uni

Die Suche nach Gründen führt neben einem allgemeinen Nachwuchsmangel rasch zum Trichtermodell, dessen sich vor allem Andreas Schleicher von der OECD immer wieder gern

bedient: Zu wenige Schüler schaffen es bis an die Uni. "Auch die öffentliche Finanzierung, die bislang für die Hochschulen galt, hat daran nichts geändert", sagte Schleicher.

Der Zugang steht nach wie vor im engen Zusammenhang mit der sozialen Herkunft. Und selbst wenn ein Studium möglich ist, "sehen viele darin keine Perspektive mehr", sagte Schleicher.

Für 15-jährige Südkoreaner ist hingegen klar: Wer etwas erreichen will, studiert. Das ostasiatische Land gehört zu jenen Industrie-Ländern mit der höchsten Wachstumsrate im Hochschulbereich.

Für ein Studium spricht aus OECD-Sicht dabei einiges: Aufgrund steigender Nachfrage verdienten deutsche Akademiker im Jahr 2005 mehr als das Doppelte eines Berufstätigen mit

geringerer Qualifikation. Und auch ihr Risiko, arbeitslos zu werden, ist deutlich kleiner.

Wie also mehr Jugendliche an die Hochschulen bringen? Bund und Länder verweisen auf angestoßene Initiativen wie die "Nationale Qualifizierungsoffensive", die auch auf eine Reduzierung der Studienabbrecher zielt, und kündigten zudem ein gemeinsames Programm zur empirischen Bildungsforschung an.

An der Studie gab es auch Kritik: Der Deutsche Philologenverband etwa bezweifelt, dass zu wenig Absolventen die Hochschulen verlassen. Tatsächlich existiere "ein sehr gut ausgebautes berufliches Schulwesen, das es in anderen Ländern nicht gibt", so der Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger.

Kommentar

Traurige Bildungsbilanz

Quelle: *Frankfurter Rundschau* vom 19. September 2007
www.Frankfurter-Rundschau.de

von Yvonne Globert

Deutschland 2017: Die Weltgemeinschaft entwickelt Fahrzeuge, die unfallfrei und automatisch den Verkehr in Fluss halten, sowie saubere Kraftwerke, die ihre Energie direkt aus Stürmen speisen. Deutschland aber ist nicht dabei. Die Hochtechnologie wird von anderen produziert. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) macht klar: Das wird möglicherweise keine Anti-Utopie bleiben. Fünf Prozent mehr junge Menschen als noch 1995 studieren heute - verglichen mit dem Ausland aber ist das nur ein winziger Sprung. Vorher werden sie kräftig ausgesiebt, weil sich hier zu Lande der Gedanke, ein Studium sei nur einer kleinen elitären Gruppe vorbehalten, nachhaltiger hält als dieser: Wir brauchen jeden.

Unter den potenziellen Studenten hat sich derweil ein anderes Gedankengut breit gemacht: dass sich Anstrengung in Deutschland nicht mehr lohnt, dass man sich eh nur in der Generation Praktikum wieder findet und ohne Job und passables Einkommen bleibt. Auch dies ist eine Realität. Richtig ist aber auch: Schafft es die Bundesrepublik, mit der internationalen Konkurrenz gleichzuziehen, profitiert die gesamte Gesellschaft davon. Denn Arbeitslosigkeit und geringe Einkommen finden sich verstärkt in Regionen, die nicht genug in universitäre Bildung investieren.

Wer aber ausschließlich hier ansetzt, greift ebenfalls zu kurz: Der Fokus hat auf den Schulen zu liegen. Dass starke wie schwache Schüler gleichermaßen zu fördern sind und wir Lehrer brauchen, die Lust auf Mathe, Bio und Technik schon bei den Kleinsten wecken - auch das lässt sich zwischen den Zeilen der Studie lesen.

Note Fünf für Deutschlands Bildung

Quelle: *Frankfurter Rundschau* vom 4. August 2007
www.Frankfurter-Rundschau.de

von Raimund Becker und Sven Schütt

Die Konjunktur brummt, und die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich seit 2006 deutlich verbessert. Eitel Sonnenschein also überall? Mitnichten. Zwei Entwicklungen trüben das positive Bild: In einigen Regionen und Berufen herrscht bereits jetzt Fachkräftemangel. Und: Menschen ohne Ausbildung stellen nach wie vor den überwiegenden Teil der strukturellen Arbeitslosigkeit. Immer deutlicher wird: Die Bildungsdefizite haben den Arbeitsmarkt erreicht.

Bis 2020 werden sich diese Trends verstärken: Der Bedarf an Akademikern in Deutschland steigt um etwa ein Drittel. Gleichzeitig werden immer weniger ungelernte Arbeitskräfte benötigt. Die Folge: Ohne Gegensteuern wird es langfristig mehr Langzeitarbeitslose bei gleichzeitigem Mangel an Fachkräften geben. Trotzdem verlassen jährlich fast 80 000 Jugendliche die Schulen ohne Abschluss. Mehr als die Hälfte der Ausbildungsplatzbewerber sind so genannte Altbewerber, also junge Menschen, die schon im Vorjahr erfolglos nach einer Lehrstelle gesucht haben.

Die mangelnde Qualifikation der Bewerber ist aber nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite schöpfen die Betriebe die Möglichkeiten der Weiterqualifizierung nicht konsequent aus. Die schulische und akademische Ausbildung orientiert sich zu wenig an den Erfordernissen des Arbeitsmarkts.

Kurzum: Das Zusammenspiel zwischen Schule, Berufswahl, Studium, Unternehmen und Weiterbildung funktioniert nicht mehr reibungslos - auch eine Frage des Geldes. Deutschland investiert gerade einmal fünf Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in Bil-

dung. Ein Platz im unteren Drittel im internationalen Vergleich, weit abgeschlagen hinter den Spitzenreitern Dänemark und Schweden. Ganz vorne dabei ist Deutschland dagegen bei den Sozialausgaben. Dafür wird fünfmal so viel Geld ausgegeben wie für Bildung - international ein fast einmalig schlechtes Verhältnis. Prävention statt Herumdoktern an Symptomen wäre nicht nur billiger, sondern auch für alle Beteiligten besser.

Autoren

Raimund Becker sitzt im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA) und ist zuständig für die Arbeitslosenversicherung.

Sven Schütt ist bei der BA Geschäftsführer Spezifische Produkte und Programme im Bereich des Sozialgesetzbuchs III. Zuvor war er bei der Unternehmensberatung McKinsey und beriet die BA bei ihrem Umbau in einen modernen Dienstleister.

Kurzfristig geht es darum, das vorhandene Reservoir an Arbeitskräften besser zu qualifizieren. Hier leistet die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit ihren Förderprogrammen für Jugendliche, Arbeitslose oder auch Beschäftigte ihren Beitrag. Wir können aber nur an den Symptomen arbeiten. Die Ursachen müssen an anderer Stelle behoben werden. Langfristig ist eine grundlegende Reform unseres Bildungssystems notwendig. Unser derzeitiges Modell bringt weder besonders viele Spitzenleistungen hervor, noch ermöglicht es gleiche Bildungschancen für alle, noch werden die Anforderungen des Arbeitsmarktes ausreichend erfüllt. Folgende Ansätze für die gesamte Bildungskette können zu einer nachhaltigen Verbesserung der strukturellen Probleme führen:

Klarer Bildungsauftrag im Vorschulalter:

In der Bundesrepublik fehlt ein klarer Bildungsauftrag im Vorschulalter. Frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten und Kindergärten verdient deutlich mehr Aufmerksamkeit. Bislang erreichen nur sechs Prozent der Arbeiterkinder im Vergleich zu 49 Prozent der Beamtenkinder einen akademischen Abschluss. Im Vorschulalter könnten sozialen

Kompetenzdefiziten entgegengewirkt und familiäre Bildungsbenachteiligung ausgeglichen werden. Versäumnisse im Kindesalter später auszugleichen ist nicht nur schwierig, sondern auch teuer. Konkret notwendig sind daher mehr Vorschul-Einrichtungen, eine bessere finanzielle Ausstattung und eine höhere Nutzungsquote.

Bildungsziele festlegen und messen:

Die Pisa-Studie hat die Notwendigkeit der Leistungssteigerung im Bereich der allgemein bildenden Schulen belegt. Hierzu ist es erforderlich, sich zunächst länderübergreifend auf Lernziele zu einigen und die Leistungen der Schüler zu messen. Die Grundlage ist mit der bundesweiten Festlegung von Bildungsstandards gelegt. Notwendig ist aber auch die Transparenz der Ergebnisse als Ausgangspunkt für Vergleiche und Verbesserungen. Die

BA kann für weitere Verbesserungen als Beispiel dienen: Der gegenwärtige Erfolg der Agentur basiert zu einem großen Teil auf einer klaren Festlegung und Messung der Ziele. Wie diese erreicht werden, entscheiden die Vermittler vor Ort. Das Zusammenspiel von zentraler Zielsetzung und dezentraler Verantwortung ist eine notwendige Voraussetzung für bessere Ergebnisse.

Abschlüsse statt Arbeitslosigkeit finanzieren:

Ein wesentliches Ziel der Schule ist es, den Jugendlichen einen erfolgreichen Übergang in den Beruf zu ermöglichen. Kein Abschluss bedeutet in den allermeisten Fällen keinen Ausbildungsplatz. Der Weg in die Arbeitslosigkeit ist vorgezeichnet. Die BA investiert daher jährlich drei Milliarden Euro, um Defizite der Schulbildung auszugleichen, finanziert

beispielsweise das Nachholen des Hauptschulabschlusses und zahlt als Prävention pro Jahr 100 Millionen Euro für vertiefte Berufsorientierung in den Schulen. Schulen sollten künftig daran gemessen werden, wie viele Jugendliche auf Antrieb einen Ausbildungsplatz bekommen oder studieren.

Ausbildung fördern statt Chancen verspielen:

Bei der dualen Ausbildung ist eine Weiterentwicklung notwendig - sie muss flexibler werden. Eine Modularisierung der Ausbildung kann helfen. Jugendliche, die nicht sofort einen Abschluss erhalten, hätten so wenigstens die Chance auf eine Teilqualifikation. Das Bundesbildungsministerium hat einen ersten Anlauf für einige Ausbildungsberufe unternommen. Es sollten möglichst bald alle Aus-

bildungen modularisiert werden. Gleichzeitig muss auch eine Lösung für den Überhang an Bewerbern gefunden werden. Während das Studium von vielfach ohnehin Privilegierten durch die Gesellschaft mit erheblichen Mitteln gefördert wird, wird die Finanzierung von Ausbildungen den Betrieben überlassen. Das ist nicht nachvollziehbar.

Der Arbeitsmarkt braucht Akademiker:

Deutschland hat zu wenig Studenten. Der Anteil der Studierenden liegt mit etwa 20 Prozent um ein Drittel niedriger als der OECD-Durchschnitt. Das Reservoir an Talenten in Deutschland ist begrenzt, sie müssen noch besser und gezielter in Gymnasien ausgebildet werden und den akademischen Abschluss schaffen. Besonderes Augenmerk sollte der

Förderung von Frauen in technischen Berufen und Nichtakademikerkindern gelten. Schulen und Universitäten müssen deshalb ihr Angebot und ihre Leistung auch am Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren. Nur so können heute schon bekannte Lücken von jährlich 20 000 fehlenden Ingenieuren in naher Zukunft geschlossen werden.

Stärkere Weiterbildung in den Betrieben:

Gerade einmal 50 Tage sind es, die ein durchschnittlicher deutscher Beschäftigter in seinem gesamten Berufsleben mit Weiterbildung verbringt - halb so viel wie Franzosen, Dänen und Schweizer. Dazu kommt: Ein Drittel dieser Weiterbildungszeit findet in Deutschland während der Arbeitslosigkeit statt. Steigende An-

forderungen und die demografische Entwicklung erfordern höhere Investitionen in die Weiterbildung. Dabei ist auch die Eigeninitiative der Mitarbeiter gefragt. Die BA unterstützt die Weiterbildung in Betrieben mit insgesamt 200 Millionen Euro als Impuls. Dieser Impuls muss aufgenommen werden.

Private Bildungsinvestitionen fördern:

Bildung gilt in Deutschland immer noch als staatliche Angelegenheit. Es fehlen die Impulse, um die Eigenverantwortung von Bürgern und Unternehmen auf die Zukunft zu richten. Das derzeitige Maß der persönlichen Weiterbildung in Deutschland reicht nicht aus, um die steigende Nachfrage nach Fachkräften zu decken. Private Aktivitäten gibt es nur sehr begrenzt, sie konzentrieren sich fast ausschließlich auf die betriebliche Ausbildung. Wir brauchen Anreize für Bildungsinvestitionen - etwa mit Hilfe von Zuschüssen, Darlehen und der steuerlichen Absetzbarkeit sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmen.

Das gemeinsame Ziel der Gesellschaft sollte es sein, nicht nur mit Sozialleistungen zu reparieren, sondern stärker in die Zukunft zu investieren. Bildung ist eine langfristige Angelegenheit: Selbst wenn wir sie heute sozusagen per Knopfdruck in einer Sekunde verändern könnten, würde es 20 Jahre dauern, bis eine neue Generation das reformierte Bildungssystem durchlaufen hat und ins Berufsleben eintritt. Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt gibt uns die Chance, jetzt strukturelle Defizite zu beseitigen. Bildung als die Voraussetzung für Arbeit und Wohlstand steht im Mittelpunkt. Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik beginnt schon im Kindergarten.

Zuwanderer an die Unis Soziologe Ralf Dahrendorf fordert Migrantenquote

Quelle: DER SPIEGEL vom 21. September 2007
www.SPIEGEL.de

Deutschland verteilt Bildungschancen unbeirrt nach sozialer Herkunft, Einwandererkinder werden früh abgehängt. Nun plädiert der Soziologe Lord Ralf Dahrendorf für eine Mindestquote von Studenten aus bildungsfernen Schichten - wie bei der „affirmative action“, in den USA höchst umstritten.

von Christine Prußky

Ein ganz normaler Skandal im bundesdeutschen Bildungsalltag: Erkan, neun Jahre alt, Grundschüler in Neunkirchen am Brand bei Nürnberg. Seine Noten werden plötzlich schlechter, die Lehrerin zweifelt. Ist Erkan dumm? Nein, findet sein Vater heraus, dem Kleinen fehlt eine Brille. Das ist alles. Hätte Ömer Sanlioglu das Lehrerinnenurteil nicht hinterfragt, wer weiß, vielleicht wären Erkans Chancen auf einen Übertritt ins Gymnasium schon verspielt. Erkan hat Glück gehabt. Ömer Sanlioglu, sein Vater, ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler. Erkan ist also ein Akademikerkind und damit hat er - statistisch gesehen - in Deutschland alle Chancen, bis zur Universität vorzudringen.

So lächerlich das klingt, so ernüchternd sind die Zahlen. 83 von 100 Akademikerkindern schreiben sich in Deutschland an einer Hochschule ein, aus Familien ohne akademische Tradition tun das nur 23 von 100 Kindern. Als der Präsident des Deutschen Studentenwerks, Rolf Dobischat, die Zahlen im Frühsommer dieses Jahres veröffentlichte, geißelte er den Befund als „beschämend für eine Demokratie“ und appellierte beherzt: „Wir müssen endlich die soziale Selektivität des deutschen Bildungs- und Hochschulsystems überwinden.“

Bildungsdeutschland senkt den Kopf

Anfang August zog Niedersachsens Wissenschaftsminister Lutz Stratmann zum Beispiel prompt eine erste Bilanz des Studiengangs

Widerspruch gab es keinen, Bildungsdeutschland senkte den Kopf, diagnostizierte "Handlungsbedarf" und feiert seitdem lautstark jede Initiative zur Förderung von Migranten und ihren Kindern, also der sozialen Gruppe, die nach Erkenntnissen der Bildungs- und Migrationsforschung an Hochschulen besonders stark unterrepräsentiert ist.



Foto: dpa

Lord Ralf Dahrendorf, 78, ist Soziologe, Politiker und Publizist. Schon in den sechziger Jahren kämpfte der deutsch-britische Professor für Bildung als Bürgerrecht und gegen die Benachteiligung von Arbeiter-Kindern. Dahrendorf war für die FDP im Bundestag, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Mitglied der EU-Kommission, Leiter der London School of Economics. Bekannt wurde er auch durch öffentliche Debatten mit den Protagonisten der 68er. etwa mit Rudi Dutschke.

"Interkulturelle Bildung und Beratung" (mehr...), der ein Jahr zuvor im interdisziplinären Zentrum für Bildung und Kommuni-

kation der Universität Oldenburg aufgelegt worden war. Grund für das ministerielle Interesse an dem Mini-Jubiläum: Das Lehrangebot richtet sich an Zuwanderer. Weil sie nach jahrzehntelanger Vernachlässigung - nun als "Potential" gepriesen werden, das es dringend zu integrieren gilt, bescheinigte Stratmann seinem Bundesland vollmundig: "Niedersachsen kann stolz darauf sein, eine bildungspolitische und ökonomische Vorreiterrolle bei der Integration von Zuwanderern eingenommen zu haben." Der Stolz gründet sich, wohl bemerkt, auf einen weiterbildenden Bachelorstudiengang.

Was ist geschehen? Europa begeht 2007 das „Jahr der Chancengleichheit“, und Deutschlands Integrationsdefizite in Sachen Bildung und Hochschule sind unübersehbar. Jüngste Befragungen des Eurobarometers zum Thema "Diskriminierung in der Europäischen Union" zeigen: Fast jeder zweite Deutsche (48 Pro-

zent) hält Diskriminierung aus Gründen der Herkunft in Deutschland für weit verbreitet. Bei der Bekämpfung des Missstands messen 46 Prozent der Befragten Schulen und Universitäten eine wichtige Rolle bei. Damit landeten die Bildungseinrichtungen auf Platz eins der Akteure, knapp vor den Eltern (45 Prozent) und weit vor dem Bundestag (13 Prozent) oder den Nichtregierungsorganisationen und Verbänden, die mit acht Prozent das Schlusslicht bilden.

Das Vertrauen der Deutschen in ihr Bildungssystem lässt sich anscheinend nicht erschüttern. Dabei gerät eben dieses System wegen seiner sozialen Selektivität regelmäßig in Misskredit. Dass das Herkunftsprinzip selbst dort sticht, wo Qualität Trumpf sein sollte, in Hochschulen nämlich, prangern Experten aus dem In- und Ausland seit Jahrzehnten an. Mit erstaunlicher Erfolglosigkeit.

Besinnung auf alte Antworten

Der Soziologe Prof. Dr. Ralf Dahrendorf etwa kämpfte schon in den 60er-Jahren für „Bildung als Bürgerrecht“. Mädchen, Landkinder und Katholiken befanden sich damals außerhalb des Bildungsradars. "Ein Hauptgrund für deren Benachteiligung war die innere Distanz von den Institutionen der tertiären Bildung. Universitäten waren einfach nicht Teil der Lebenswelt vieler Familien. Um das zu ändern, waren aktive Programme nötig. 'Student aufs Land' zum Beispiel war die Ermutigung Benachteiligter durch Studierende. Ähnlich wirkte die Werbung an den Hauptschulen", erklärt Dahrendorf.

Das katholische Mädchen vom Lande ist heute zwar das Migrantenkind geworden - die Antworten aber könnten laut Dahrendorf die alten sein. Damit befindet sich die Ikone der Soziologie auf Linie. Spätestens seit dem Integri-

onsgipfel in diesem Sommer ist es hochschulpolitischer Mainstream, nach dem Ausbau von Betreuungsangeboten für Studierende mit Migrationshintergrund zu streben, Sprachförderprogramme einzuführen und die Migrations- und Integrationsforschung zu forcieren.

Soll das alles sein? Ralf Dahrendorf meint, nein. Zu den Antworten auf die Bildungsbenachteiligung gehört für den deutsch-britischen Professor „auch, nicht: nur! - 'affirmative action' also eine Quote für Kinder der betroffenen Kategorien an den Hochschulen". Dabei sei „allerdings wichtig, dass solche Maßnahmen nur für eine begrenzte Periode eingeführt werden. Es handelt sich um die Bekämpfung von Anomalien durch nicht normale Programme."

Aufstieg im Alleingang

Diese „Anomalien“ sind unübersehbar: Nur acht Prozent der Studierenden sind Migrantenkinder, obwohl rund ein Fünftel der Bevölkerung und ein Viertel der Kinder und Jugendlichen unter 25 Jahren einen Migrationshintergrund aufweisen und damit zu den „bildungsfernen Schichten“ gehören.

Was das praktisch bedeutet, weiß der Vater des Grundschülers Erkan, Dr. Ömer Sanlioglu: „Mein Vater kam 1970 als Gastarbeiter aus der Türkei nach Deutschland. Er war drei Jahre in der Schule, und meine Mutter kann weder lesen noch schreiben. Die konnten mir nicht helfen. Sie wissen bis heute nicht genau, was ich mache.“ Aber natürlich registrieren sie, dass ihr Sohn während der Woche von Frau und Kind getrennt lebt und fern von Nürnberg an der türkischen Universität Nevsehir Karriere macht. Dort avancierte Sanlioglu in kurzer Zeit vom Assistenzprofessor zum Dekan und sorgt etwa mit internationalen Kooperationen für Furore. Zehn Studenten hat er schon mit Erasmus nach Deutschland geschickt, ein Novum in Nevsehir.

Ömer Sanioglu ist heute 38 Jahre alt und hat eine Bildungskarriere hingelegt, die nur wenigen Einwanderern in Deutschland gelingt. Der Aufstieg gelang ihm - und das ist typisch für Kinder aus Gastarbeiterfamilien - im Alleingang. Da war keiner, der den aufstrebenden Geist, wenn schon nicht fördern, so doch wenigstens ermuntern konnte. Mit Ausnahme von Prof. Dr. Sefik Bahadir, Sanioglus Doktorvater. Der Inhaber des Lehrstuhls für Gegen-

wartsbezogene Orientforschung an der Universität Erlangen hat offensichtlich ein gutes Händchen für die Nachwuchsförderung. Als er erfuhr, dass sein Doktorand samt Frau und Säugling noch in der Wohnung seiner Eltern und seiner Schwester lebt, beschaffte er ihm an der Uni einen Schreibtisch, wo sich in Ruhe forschen ließ. Die Geste wird Sanlioglu seinem Doktorvater nie vergessen. Dabei gehört derlei zu den kleineren Mühen eines Professors mit Sinn für Nachwuchsförderung: „Promovenden mit Migrationshintergrund sind anstrengender als andere, weil sie die Sprache nicht so gut beherrschen“, sagt Bahadir.

Anders als in den Ingenieur- und den Naturwissenschaften zählten in den Geistes und Sozialwissenschaften geschliffene Formulierungen. Sie zu finden, fällt Zuwandererkindern oft auch dann schwer, wenn sie ihr Leben in Deutschland verbrachten. Das erhöht den Betreuungsaufwand für Professoren. Die Folge: „Aus dem ganzen Bundesgebiet kommen ausländische Kandidaten zu mir und wollen bei mir promovieren. Die meisten sind völlig frustriert“, sagt Bahadir.

Die vielen Jahre an bundesdeutschen Universitäten haben aber auch den 61-jährigen Türken ein wenig ernüchert. Ein Anreizsystem für Professoren, die junge Wissenschaftler mit Migrationshintergrund fördern, das könne sich an Universitäten vielleicht durchsetzen, meint Bahadir. Aber „affirmative action“? Nein, winkt der Professor ab, so weit sei man an deutschen Universitäten noch lange nicht.

Qualität statt Quote

Tatsächlich tut sich Deutschlands „Scientific Community“ schwer mit Dahrendorfs Vorschlag. „Mit Quotenregelungen, mit starren Vorgaben überhaupt, habe ich ein Problem, weil sie den Geförderten oftmals mehr schaden als nützen“, erklärt die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz Prof. Dr. Margret Wintermantel

ganz im Einklang mit dem Osnabrücker Migrationsforscher Prof. Dr. Klaus Bade. „Im Wissenschaftsbereich muss das oberste Kriterium die Qualität sein“, setzt der Karlsruher Elite-Unichef Prof. Dr. Horst Hippler hinterher. Und auch der Deutsche Akademische Austausch-

dienst und die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) gehen auf Distanz zur Quote.

Das werden Wissenschaftler wie der Heidelberger Stammzellforscher Prof. Dr. Anthony Ho gern hören. Mit Schrecken erinnert sich der in Hongkong geborene Forscher an die Dramen, die sich bei Stellenbesetzungen in den USA abspielten: „Affirmative action schrieb so viel vor. Wir konnten nicht die qualifiziertesten Leute nehmen, wir mussten nach Hautfarbe aussuchen. Die Auswahl dauerte sehr lange und war sehr schmerzhaft“, sagt Ho.

Doch nicht nur deshalb spricht er sich gezielt gegen die Quote aus: "Eine Quotenregelung wird Begünstigte als inkompetent erscheinen lassen nach dem Motto: 'Das sind die Quotenmigranten'." Bevorzugung bei der Aufnahme an der Hochschule oder der Vergabe von Fördermitteln würde zu verstärkten Ressentiments gegenüber den begünstigten

Aus Mangel an Forschern

So sieht das auch die Forschung: „Der Anteil von Wissenschaftlern mit Migrationshintergrund muss höher werden, wenn Deutschland das volle Potenzial seiner Bevölkerung ausschöpfen will“, sagt AvH-Generalsekretär Dr. Georg Schütte. Angesichts der Demografie sei das „gar keine Frage“. Eine „intensivere Förderung von Kindesbeinen an“ wäre wichtig. Denn "hier werden die Grundlagen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund dafür gelegt, später überhaupt eine wissenschaftliche Karriere einzuschlagen", sagt Schütte.

So schwingen sich Hochschule und Wissenschaft auf einen Konsens ein: Das Potenzial der Migranten muss erschlossen werden, ja. Das Hauptaugenmerk liegt aber bei den Schulen und Kindergärten, also außerhalb von Hochschulen und Forschungsinstituten. Dabei bekommt die Wissenschaft den Engpass

Minoritäten führen, glaubt Ho. Sein Plädoyer: „Wir müssen Zuwanderer ermuntern, sich zu bemühen und ihre Sprachkenntnisse zu verbessern.“ Integration sei ein langwieriger Prozess. Und viel Zeit wäre nötig, um Versäumtes aufzuholen.

Das Problem ist nur: Deutschland läuft die Zeit davon. Nicht umsonst rief Kanzlerin Dr. Angela Merkel im Juli zum Integrationsgipfel und nicht von ungefähr will Bildungsministerin Dr. Annette Schavan im Zuge der Nationalen Qualifizierungsinitiative auch die Zahl der Studierenden mit Migrationshintergrund erhöhen. Doppelt so viele sollen es in fünf Jahren sein.

Dahinter steckt keine Nächstenliebe, sondern wirtschaftspolitische Notwendigkeit: Sinkende Geburtenraten und rücklaufende Zuwanderungszahlen wollen ausgeglichen sein - durch steigende Integrationsbemühungen und Migrantenförderung.

schon zu spüren. Nach EU-Berechnungen fehlen in Deutschland derzeit 70.000 Forscher, und für das Jahr 2014 prognostiziert das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln einen Mangel an 135.000 Naturwissenschaftlern und 95.000 Ingenieuren. Den Ökonomen zufolge kostet der Fachkräftemangel die Bundesrepublik allein in diesem Jahr 20 Milliarden Euro.

Fatal wirkt vor dem Hintergrund die Botschaft aus der OECD. "Nur in wenigen Ländern ist die Qualifikationsstruktur der Zuwanderer im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung so ungünstig wie in Deutschland. Dies ist ein Grund für die schlechteren Arbeitsmarktergebnisse von Migranten - jedoch nicht der einzige, denn auch hoch qualifizierte Migranten tun sich in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt schwer", heißt es in der Studie „Jobs for Immigrants - Labour Market Integration in Australia, Denmark, Germany and Sweden".

Wo fängt Integration an?

Die Bildungsbenachteiligung ist also nicht das einzige Problem, das Deutschland bei der Integration seiner Zuwanderer lösen muss. Dass auch Frankreich im „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle 2007“ nur bedingt glänzt, mag allenfalls ein schwacher Trost sein. Im März vergangenen Jahres reagierte die Regierung auf die Unruhen in den Vorstädten vom Herbst 2005 und beschloss das lang angekündigte Gesetz zur Chancengleichheit. Damit wurde der anonyme Lebenslauf bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter eingeführt.

Ist der Ausschluss von Diskriminierungschancen gleich Integration? Und ist Deutschlands Wissenschaft am Ende vielleicht doch nicht so weltoffen, wie sie und die Öffentlichkeit gern glauben will? Fakt ist: In der Migrations- und

Integrationsforschung gibt es noch viele weiße Flecken. Einen davon besetzt das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS. Dr. Inken Lind geht dort der Frage nach der Integration von Wissenschaftlerinnen mit Migrationshintergrund in universitäre Laufbahnen nach.

Bewahrheitet sich der Eindruck des Erlanger Orientforschers Sefik Bahadir, schneiden zumindest die sozial und geisteswissenschaftlichen Fakultäten mit ihrer Integrationsleistung nicht so gut ab. Um die Veränderung von Denkstrukturen, darum geht es Bahadir im ersten Schritt. Eine Chance dazu besteht jetzt. Bei der Debatte um „affirmative action“. Ralf Dahrendorf hat sie eröffnet.

Gebt mir eine Uniform!

Quelle *DIE ZEIT* vom 7. September 2006

www.ZEIT.de

Ein Institut hat Schüler in ganz Deutschland gefragt, wo sie einmal arbeiten möchten. Sehr viele träumen von einer Zukunft als Polizistin, Journalist oder Soldat

von Julian Hans

Manchmal kann das Erwartbare überraschen. Wo sie denn am liebsten arbeiten möchten, hat das Berliner trendence Institut für Personalmarketing Schüler der Abschlussklassen in ganz Deutschland gefragt. Das Ergebnis der repräsentativen Studie, an der sich mehr als 12000 Jugendliche aus Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien beteiligt haben, bestätigt so manches Klischee: Jungen wollen Soldaten werden oder schnelle Autos bauen, Mädchen wollen ins Fernsehen oder zu H&M. Nur ein Traumberuf verbindet beide: Polizist.

Das Ergebnis ist so deutlich, dass es den Forschern fast ein wenig peinlich ist. »Die Wünsche bleiben sehr im Rahmen der eigenen Lebenswelt«, sagt Manja Ledderhos von trendence. Die Studie, die den Namen Schülerbarometer 2006 trägt, zeigt: Die Jugendlichen haben eine Vorstellung davon, was ein Polizist tut. Sie sehen viel und gerne fern, und sie mögen billige Mode aus Schweden.

In der Umfrage standen nur Unternehmen zur Auswahl, die eine nennenswerte Zahl an Ausbildungsplätzen in Deutschland anbieten. »Hätten wir zum Beispiel Ferrari mit hineingenommen, wären die sicher auf einem der vorderen Plätze gelandet, weil Jungs schnelle Autos mögen«, sagt Ledderhos. Dass Ferraris in Italien gebaut werden und das Unternehmen in Deutschland gar keine Ausbildungsplätze anbietet, sei kaum einem Befragten aufgefallen. Aus demselben Grund wurde das ZDF stellvertretend für das öffentlich-rechtliche Fernsehen

in die Befragung aufgenommen. Die ARD hätte wahrscheinlich ähnliche Ergebnisse erzielt, bildet aber nicht aus. Das tun nur die in der ARD zusammengeschlossenen Sender.



Das trendence Institut hat sich auf empirische Studien zur Berufsorientierung junger Menschen spezialisiert. Seine Kunden sind Unternehmen. Große Beachtung fand in der Vergangenheit regelmäßig eine Studie, die die Beliebtheit der Arbeitgeber bei Hochschulabgängern erhebt. Das so genannte Absolventenbarometer wird in den Personalabteilungen jedes Jahr mit Spannung erwartet. Denn die Ergebnisse spiegeln den Marktwert der Unternehmen bei den Bewerbern wider: Wer ganz oben auf der Liste steht, kann sich die Besten eines Jahrgangs aussuchen. Deshalb findet auch innerhalb der Branchen ein Wettlauf um die besten Plätze statt. Ob unter den Automobilherstellern Porsche, BMW oder Audi führt, kann den Ausschlag dafür geben, wer in den nächsten Jahren die besten Ingenieure verpflichten kann.

Im Schülerbarometer 2006 wurden nun erstmals junge Menschen befragt, noch bevor sie sich für eine Ausbildung oder ein Studium entschieden haben. Die Teilnehmer sollten darin nicht nur ihre Wunsch-Arbeitgeber nennen, sondern auch Angaben dazu machen, was sie von einem Unternehmen erwarten und wie sie sich ihre Karriere vorstellen. Zusammen genommen sollen die Ergebnisse es den Firmen erleichtern, ihre Zielgruppe besser anzusprechen, damit sie ihnen nicht im Laufe ihres Bildungsweges verloren gehen.

Wichtigstes Kriterium bei der Wahl ihres Wunsch-Arbeitgebers war für die Schüler, dass dort »interessante und vielseitige Aufgaben« auf sie warten und dass das Unternehmen »attraktive Produkte oder Dienstleistungen« anbietet. An dritter Stelle rangiert die Erwartung, der Betrieb sei »ein gutes Sprungbrett für das weitere Berufsleben«.

Es mag verwundern, dass ausgerechnet Polizei und Bundeswehr diese Erwartungen erfüllen sollen. Innen- und Verteidigungsminister dürften sich jedenfalls über das gute Abschneiden freuen. Für Berufsforscher dagegen sind die Ergebnisse eher ein Grund zur Sorge. »Die Studie bestätigt, wovor wir schon lange warnen«, sagt Felix Rauner, Professor am Institut für Technik und Bildung an der Universität Bremen. »Sie zeigt einmal mehr, dass Berufsorientierung und Berufsvorbereitung in Deutschland dramatisch unterentwickelt sind.«

Rauner beschäftigt sich seit Jahren mit dem Ausbildungssystem in Deutschland und zieht Vergleiche mit Modellen anderer Länder. Er kritisiert besonders die scharfe Trennung von Schule und Berufsbildung in Deutschland. Die Folge: Die Schüler wissen kaum, welche Berufe es gibt, und wählen dann aus Verlegenheit das Nächstliegende, die Bundeswehr etwa oder die Polizei, weil jeder sie kennt, zudem erwartet, dass sie krisensicher sind. Berufe, die möglicherweise besser zu ihren Neigungen und Fähigkeiten passen würden, werden übersehen. Dann brechen junge Menschen erst ei-

ne, dann die nächste Ausbildung ab, bis sie das gefunden haben, was zu ihnen passt.

Rund 350 Berufe sind auf der Grundlage des deutschen Berufsbildungsgesetzes geregelt. Die meisten davon seien aber kaum bekannt, sagt Rauner. Das liege auch daran, dass ständig neue Berufsprofile entstehen und alte Berufe modernisiert werden müssen. Dabei entstehen manchmal Berufsbezeichnungen, die kaum noch auf die eigentliche Tätigkeit schließen lassen. Wer einmal »Dreher« hieß, heißt heute »Zerspanungsmechaniker Fachrichtung Drehtechnik«. Und der Mann, der im Volksmund noch »Postbote« heißt, ist streng genommen »Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen«. Ein Verwirrspiel für Jugendliche auf der Suche nach einer geeigneten Ausbildung. Jüngstens wurde die Umbenennung des Berufs des Müllers in »Verfahrenstechniker in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft« im letzten Moment verhindert – von Bundeswirtschaftsminister Glos, der selbst Müller ist und seinen Stand verunglimpft sah.

Dass der Name eines Berufes für Jugendliche eine große Rolle spielt, bestätigt auch eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) aus dem Jahr 2004. Demnach nehmen junge Menschen die Berufsbezeichnung nicht nur als Hinweis auf die Tätigkeiten, die damit verbunden sind, sondern prüfen auch, welches Image der Freundeskreis damit verbindet. »Berufe sind wie Visitenkarten«, sagt Joachim Gerd Ulrich, Wissenschaftlicher Direktor am BIBB. »Keiner möchte sich gerne auf einer Party als Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft vorstellen«.

Außer dem Image, das die Jugendlichen damit verbinden, hat die Berufsbezeichnung auch eine Filterfunktion: Weil niemand sich jemals von allen Berufen ein genaues Bild machen kann, wird erst einmal alles aussortiert, was schlecht klingt. »Das ist psychologisch ein ganz normaler Vorgang«, sagt Ulrich. »Sie müssen eine Vorauswahl treffen, weil die Informationen sie sonst überfordern.« Die Berufswahl sei für die Jugendlichen eine Stress-

Situation – schließlich gehe es um eine Entscheidung fürs Leben. »Im Zweifel entscheiden sie sich deshalb oft für das Vertraute, um Unsicherheit zu reduzieren.« Eine Beobachtung, die das Schülerbarometer 2006 bestätigt.

Der Berufsforscher Felix Rauner sieht in einer besseren Verzahnung von Schule und Ausbildung die Chance, die Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern. Waren die Auszubildenden in Deutschland 1970 im Schnitt noch 16,5 Jahre alt, liegt der Altersdurchschnitt hierzulande inzwischen bei fast 20 Jahren. »Wenn die deutschen Auszubildenden mit ihrer Lehre anfangen, haben zum Beispiel die österreichischen Lehrlinge schon ausgelernt«, sagt Rauner. Würde der Übergang von der Sekundarstufe eins in eine Berufsausbildung richtig vorbereitet, müssten nach seiner Auffassung weniger Jugendliche nach der Schule

in Qualifizierungsmaßnahmen, bevor sie einen regulären Ausbildungsplatz bekommen. In dieser Warteschleife befinden sich in Deutschland mittlerweile sogar mehr Menschen als in einer regulären Ausbildung.

Das Informationsdefizit, das die Forscher bei den Jugendlichen ausmachen, sehen diese selbst nicht – zumindest nach den Ergebnissen des Schülerbarometers: Rund 60 Prozent der befragten Jungen und Mädchen gaben an, sie fühlten sich »gut« oder »sehr gut« über die Möglichkeiten informiert, die ihnen eine Ausbildung biete. Beim Studium waren es sogar 70 Prozent. Nur die Ausbildung an einer Berufsakademie war den meisten nicht bekannt. Rund 76 Prozent gaben zu, über diesen Ausbildungsweg »eher nicht« oder »gar nicht« informiert zu sein.

Bachelor macht dumm

Studierende, boykottiert den Studienschnellabschluss Bachelor! Er unterfordert euch, er lässt eure Potenziale unausgeschöpft und führt zur Zerstörung des tertiären Bildungssektors. Ein Aufschrei

Quelle: *tageszeitung* vom 8. November 2006
www.taz.de

von Peter Grottian und Wolf-Dieter Narr

Kaum sind die ersten Semesterwochen vergangen, beobachtet man schlaffe Gänge. Mehltau hat alle Gedanken- und Verhaltensglieder überzogen. Wir beobachten die Studierenden an den Trimm-dich-Stangen der Modulstrukturen. Sie werden häppchen- und punktesystematisch gehetzt. Ihnen fehlt die Zeit, ihr Studium durch eigene Neugier und ein sich langsam bildendes Urteilsvermögen zu bestimmen.

Dass zwischen Erwartung und dem, was dann wirksam wird, eine jähe Kluft besteht, dass Enttäuschung den Alltag bestimmt, ist weder universitär noch anderwärts neu. Die Art und

Weise jedoch, wie auf allen Ebenen des zerhackten Bildungssystems nötige Lern- und Lehr-Engagements zur sterilen Aufgeregtheit individualisierten Mittelmaßes verkümmern, hat neuerdings politische und ökonomische Zusatzgründe. Sie werden gegenwärtig strukturell verankert und habituell eingepaukt. Am Exempel: Bachelor-Studiengänge. Sie sind ein bildungspolitisches Verbrechen an den jungen Menschen. Sie werden nicht nur entbildet, sie sind Doppelverlierer auf dem Arbeitsmarkt. Sie werden allenfalls als wohlfeile mobile und flexible Minifunktionäre eingesetzt. Dagegen müssten sich alle Universitätsgruppen wehren. Studierende und Hochschullehrer werden den Bachelor vorerst nicht abschaffen können. Sie könnten jedoch viel dagegen tun. In-

dem sie den Bachelor als Kurzschluss eines Scheinstudiums ignorieren und nur den Abschluss eines Studiums, das den Namen verdient, anstreben: Magister, Master, Diplom u. ä. m. Studierende sollten den Bachelor-Abschluss systematisch verweigern und sich nicht einäugig auf die Abwehr von Studiengebühren konzentrieren.

Wer die Universitäten betritt, trifft auf ein Ensemble von Faktoren, die einen systematischen Vorgang des Entlernens bedingen. Betrachten wir die Lehr-Lern-Prozesse, so erkennen wir eine habituelle Naturalisierung der Ungleichheit von Bildungsklassen - zwischen solchen, die ein Bachelor-Studium anstreben, und solchen, die als Master in Exzellenz-Nähe rücken. Bildungspolitik mildert soziale Unterschiede nicht, sie zementiert den Pathos der Ungleichheit.

Wir beobachten eine Modularisierung beider Studiengänge in dem Sinne, dass verpackte Lerneinheiten, das heißt Module, serviert und in die verschiedenen weit geöffneten Rachen der Studierenden "lehrend" gestopft werden können. Die Studierenden erleben das Studium als Lauf durch die Spießruten der scheinbar, einseitig aber folgenreich verpassten Noten bis hin zur Strafe der "Semesterversetzung".

Die Ekstase der schmalspurigen Fachidiotisierung wird fächer- und universitätszentral durch neue Managementprozeduren durchgepaukt - an der FU Berlin mithilfe eines "Campusmanagements". So soll Konkurrenz stimuliert werden. Zuerst zwischen den Studierenden, damit sie später auf der erbärmlichen Jobsuche auch entsprechend flexibel seien; dann zwischen den Lehrenden, zwischen den Fächern und schließlich zwischen den Universitäten. Perfektioniert werden diese repressiv-präventiven Anreiz- und Abstoßungssysteme durch die nach wie vor verfassungswidrig geltenden Numeri clausi und die Studiengebühren.

Die von einer Vorstufe der Banalität des Bösen geprägten Prozesse des Entlernens kulminie-

ren in der Struktur der Bachelor-Studiengänge. Da wird so getan, als ob Menschen einer durchgeschobenen Pizza gleich durch ein sechssemestriges Studium wissenschaftlich begründete Urteilsfähigkeit erwerben könnten. Ausnahmsweise stimmen viele Juristen, Ingenieure und Sozialwissenschaftler darin überein, dass ein macdonaldisiertes Kurzstudium bildungs- und fachspezifisch nicht gerechtfertigt werden kann. Denn dieses Schnellstudium fertigt ab - und es verunmöglicht exemplarische und vertiefende Lehr-Lern-Prozesse. Studierende werden mit dem Bachelor systematisch unterfordert. Ihre Entwicklungsmöglichkeiten bleiben unausgeschöpft. Sie werden mit einer kurz zündelnden intellektuellen Brenndauer entlassen, die sie den Wechselfällen des Arbeitsmarktes willkürlich und ohnmächtig aussetzt. Der Bachelor ist ein billiges Strohfeuer einer Bildungs- und Hochschulpolitik, die sich ihren eigentlichen Aufgaben nicht stellt.

Nein, die Studien können in einer solchen Situation nicht blühen. Ohne Frage ist die Situation in einzelnen Fächern je nach Studentin oder Lehrendem verschieden auslegbar. Dennoch gilt insgesamt: Wer den weiter geltenden Kern der nie verwirklichten Idee der Universität Humboldts retten will, der muss gegen ihre Perversion im Namen der Steigerung von vermeintlicher Exzellenz Sturm laufen. Es ist ein Zeichen der dequalifizierenden Magersuchtkonkurrenz, dass die privilegierten Hochschullehrer fast ohne Opposition die restlose Zerstörung eines allein demokratisch menschenrechtlich funktionstüchtigen tertiären Bildungssektors hinnehmen. All die so genannt verantwortlichen Politiker und die von ihnen informierte Öffentlichkeit, den unkritischen Medien zu schweigen, bundespräsidial symbolisch angeführt, schavanisch fortgesetzt, im undemokratischen Exekutivföderalismus vollends zaunkönigsmächtig verblendet, tanzen gedankenarm nur ums golden, sprich elitemonetär bestückte Kalb der machtvollen Interessen allein funktionalen, exklusiv technologischen Innovation.

Deshalb ist es höchste Zeit, eine "Idee der Universität" zu propagieren, die den menschenrechtlich demokratischen Problemen und Anforderungen des 21. Jahrhunderts angemessener wäre. All das, was gegenwärtig im neudeutschen Jargon, von der europäischen Hybrid mit dem Namen Lissabon-Strategie (1999) inspiriert, aufgeschminkt bis zum Gehtnichtmehr, an so genannten Exzellenz-Initiativen titel- und zuckergeschäumt wird, steht dem strikt entgegen, was an sozialen Innovationen nottäte. Es hat allenfalls den Doppelzweck, alle universitären Einrichtungen und ihre VertreterInnen kopflos in die monetärbespickte geradezu pawlowsche Konkurrenzfalle zu locken und zugleich - das ist des argen Pudels Kern - die Ungleichheit in den europäischen Gesellschaften bildungspolitisch zu naturalisieren.

Universitäten müssten ein Doppeltes gesamtgesellschaftlich leisten: zum einen, junge erwachsene Bürgerinnen so fachauszubilden, dass sie über den Tellerrand ihres Fachs und seiner zusätzlich spezialisierenden Schubfächer hinausblicken. Sie sollen in der Lage

sein, aufgrund verallgemeinerbarer Kriterien und eingeübter Vorstellungskraft für die Wirklichkeit urteilsfähig zu werden. Zum anderen, Forschungen im Sinne des forschenden Lernens so zu betreiben, dass die universitären Spezialistinnen solchen Innovationen nachjagen und sie allgemein verwertbar vorlegen, die im Sinne eines universitär öffentlich geleisteten Voraussetzungs-, Ziel-, Funktions- und Folgetests geprüft worden sind. Und deswegen auch prinzipiell bis in ihre sprachliche Darstellung hinein von allen überprüft werden können. Erst wenn diesen Zielen einigermaßen näher gekommen würde, sind Universitäten für eine im 21. Jahrhundert mögliche und nötige Demokratie unabdingbar. Sonst könnte man sie in modisch gewordene Public Private Partnership für Hightech und andere Investitions- und globale Konkurrenzwecke abschieben. Der erste Schritt ist die Verweigerung von nicht akzeptablen Studiengängen.

Die Autoren sind Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin

Veranstaltungshinweise

Professionelle Arbeit in der Bildungs- und Berufsberatung braucht die ständige Fortbildung in einem breiten Spektrum methodischer, wirtschafts- und berufskundlicher sowie bildungs- und sozialpolitischer Themen. Deshalb sollen

entsprechende Veranstaltungshinweise besonders auch hierfür Anregungen geben. Auch hier – wie in allen anderen Rubriken der iBB – sind Hinweise und Beiträge aus der Leserschaft herzlich willkommen. (K.K.)

16.-18. November 2007 in Berlin

**Jahrestagung des Deutschen Verbands für Bildungs- und Berufsberatung
unter dem Motto „Ruf-Beruf-Berufung“**

Inhalt:

Am Freitagabend Beginn mit einer Galerie von „Berufenen“. Am Samstagvormittag wird es eine Mitgliederversammlung mit Neuwahlen, aber auch verschiedene, sehr interessante Workshops geben. Der Abend gehört dem einmaligen Beraterkabarett *LosBestBerados*. Für den Vortrag am Sonntagmorgen gelang es, Fritjof Bergmann mit dem Thema „Neue Arbeit - Weg zu einer menschenhebenden Kultur“ zu gewinnen. Ein spannendes Programm und trotzdem Zeit, sich kennen zu lernen oder wieder zu sehen. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen! Die Anmeldung ist ab sofort und bis zum 15. September möglich.

Termin:

Freitag, 16. November 2007, 18:00 Uhr bis Sonntag, 18. November 2007, 13:00 Uhr

Ort:

Berlin-Schlachtensee

weitere Details unter: www.dvb-fachverband.de/downloads/JAT%202007%20komplett.pdf

23.-24. November 2007 in Mainz

**Die Zukunft der Beratung – zur gesellschaftlichen Bedeutung von Beratung
Tagung**

Veranstalterin:

DGfB – Deutsche Gesellschaft für Beratung e.V.

Termin:

Freitag, 23. November 2007 bis Samstag, 24. November 2007

Ort:

Mainz

Impressum

verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Karl-Heinz P. Kohn

Adresse der Redaktion:
iBB-Redaktion@KOHNPAGE.DE

Die Zeitschrift wird kostenlos als PDF-Dokument zur
Verfügung gestellt.

Die Anmeldung zum Abonnement kann durch eine
E-Mail (auch leer) an folgende Adresse erfolgen:
iBB-Zeitschrift-subscribe@yahoogroups.de

Am 7. Oktober 2007 verzeichnen die *iBB*

1.221

Abonnentinnen und Abonnenten,

Die Einsendung von Beiträgen ist willkommen.
Veröffentlichung vorbehalten.

Die *iBB* sind eine ehrenamtliche Dienstleistung für
Beraterinnen und Berater.
Honorar kann deshalb nicht gezahlt werden.

Bei Leserbriefen geben Sie bitte an, ob Sie mit einer
Veröffentlichung einverstanden sind.

Die dokumentierten Beiträge geben nicht immer die
Position der Redaktion wieder. Für die Inhalte tragen
die Autorinnen und Autoren und die zitierten Medien
die Verantwortung.

Leider kann es aus redaktionsökonomischen Gründen
nicht durchgängig gelingen, alle dokumentierten Bei-
träge an die aktuelle deutsche Rechtschreibung anzu-
passen. Die *iBB* appellieren an alle Autorinnen und Au-
toren, im Interesse unserer Kinder die bildungsbürger-
lich eingebaute Abendländerkritik abzulegen und die ak-
tuelle Rechtschreibung zu erlernen und anzuwenden.

Die *iBB* im Internet:
www.Kohnpage.de/iBB

Die *iBB* sind eine Reaktion auf die be-
drohlich schwindenden Ressourcen,
die von der öffentlichen Hand für die
Bildungs- und Berufsberatung zur Ver-
fügung gestellt werden. Um etwas mehr gegen
diese Bedrohung und für eine weiterhin enga-
gierte Beratung jugendlicher und erwachsener
Berufswähler zu tun, empfiehlt die Redaktion
die Mitgliedschaft und Mitarbeit im *dvb* –



*Deutscher Verband für Bildungs- und Be-
rufsberatung e.V.* Dieser Interessenver-
band wurde vor 50 Jahren gegründet.
Vielleicht war er nie so wichtig wie heute.



Über die umfangreiche Arbeit der
Kolleginnen und Kollegen im *dvb*
kann man sich im Internet informie-
ren unter:

www.dvb-Fachverband.de .